

Er scheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,20 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Belegungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 4002.

# Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Ant I. Nr. 4196.

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 19. März 1892.

Expedition: Benth-Strasse 3.

### Vom englischen Kohlenarbeiter-Streik.

London, 16. März.

Wer hat denn's Bier umgeschüttelt? Nun die „Feierwoche“ der Bergarbeiter, von der es einen Augenblick schien, als ob man noch um sie werde herumkommen können, zur Wahrheit geworden ist, geht der Streit um die Frage, wer denn eigentlich die Kohlenkrise verschuldet habe, erst recht los. Ohne Weiteres den Arbeitern die Schuld in die Schuhe schieben, wie es im gleichen Falle die bürgerlich-kapitalistische Presse Deutschlands, von der braven Kölnerin bis zur „Kreuzzeitung“ und dem Organ des Herrn Eugen Richter, thun würde, mag hier, einige Erzreaktionäre ausgenommen, Niemand. Wer nur ein bisschen Verstand im Kopf hat, sagt sich vielmehr, daß, abgesehen von der Unwahrheit einer dahingehenden Behauptung, sie auch ganz zwecklos wäre. Die Arbeiter würden sich dadurch in keiner Weise von ihren Maßnahmen abbringen lassen, und an eine Beschränkung ihres Koalitionsrechtes ist heute, wo sie das Stimmrecht haben, weniger zu denken als je.

Andererseits will aber auch keine Schicht aus der Klasse derer, die zwischen Arbeitern und Konsumenten stehen, die Schuld auf sich ruhen lassen. Die Einen schieben sie den Anderen zu oder lassen sie von ihren Anwälten in der Presse den Anderen zuschieben. Hört man diese Leute, dann sind die Grubenbesitzer, die Kohlenhändler und was sonst zum Gewerbe gehört je nachdem schändliche Expresster oder unschuldige Engel, so rein wie frischgefallener Schnee. Ein Herr Locket, Schriftführer des Vereins der Londoner Kohlenhändler und Inhaber eines der größeren Londoner Kohlegeschäfte, bekam es z. B. fertig, zu erklären, sein Verein interessire sich ganz und gar nicht für die Höhe der Kohlenpreise und er, Herr Locket, sei überzeugt, daß kein Kohlenhändler bei der jüngsten Panik auch nur 100 Pfd. „gemacht“ habe. Wo die 50 pCt. Differenz zwischen den alten und den neuen Preisen hingeflogen sind, sagte Herr Locket leider nicht. Richtig, damit wir dem Herrn auch nicht Unrecht thun — die Einzigen, die bei der Affäre profitirt hätten, seien, meinte er, die Spekulanten gewesen. Gut, da hätten wir also die Sünder. Kein Zweifel auch, daß diejenigen Spekulanten, die auf's Steigen — à la hausse — spekulirt hatten, ihr Schäschen ins Trockene gebracht haben. Aber das Publikum kauft seine Kohlen nicht von den lasterhaften Spekulanten, sondern von den tugendhaften Händlern, die dieselben auf Grund von den abgeschlossener Kaufverträge von den Gruben beziehen — und da sollte von den fünfzig Prozent und mehr Preisauflschlag so gut wie nichts bei den Händlern mehr geblieben sein? Das glaube Herrn Locket wer Lust hat. Uebrigens sind die meisten der Herren Händler zugleich auch selbst Spekulanten, und ob sie die Extracinnahme als Spekulationsgewinn oder Handelsprofit in ihre Bücher eintragen, ist für das Publikum „gepflüpf wie gepflanzelt.“

### Feuilleton.

Wachdruck verboten.)

67

### Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Bänden von H. Otto Walster.

„Sie sind sehr gütig, Herr Doktor, indessen muß ich Ihnen gestehen, daß mich dieses lange Ausbleiben ziemlich demüthigt. Sollte mir meine Schwester einen Strich durch die Rechnung gemacht haben? Es wäre die schlimmste Noche, die sie unbewußter Weise erfinden könnte. Aber sie hat zugesagt, und wenn sie das gethan, pflügt sie auch Wort zu halten. Ich habe zur größeren Sicherheit auch den Dr. Lange, der ihr Schützling ist, eingeladen, sowie das Fräulein Barth, der sie sich mit einem Male in höchst intimer Weise angeschlossen hat.“

„Wie? Herr Howald, den Dr. Lange, jenen Erzrevolutionär, und das Fräulein Barth, die Schwester jenes allgemein diskreditirten Buchdruckers haben Sie eingeladen? Das wird in der Gesellschaft großes Aufsehen erregen.“

„Das mag wohl sein; jedenfalls mußte ich sicher gehen, und ich mache mir aus der ganzen Gesellschaft nicht viel, wenn sie nicht kommt.“

„Sehr schmeichelhaft für uns, Herr Howald; man hätte das früher wissen müssen, man würde sich der Statistenrolle gern begeben haben.“

„Wir unter uns können uns loslos aussprechen, Herr Doktor. Die Gesellschaft“

Neben den Spekulanten, heißt es dann wieder, sei das Publikum selbst an der Preissteigerung Schuld, indem es in übertriebener Angst die Händler mit dreifach so hohen Bestellungen wie gewöhnlich überhäuft habe. Das ist auch eine prachtovolle Ausrede. Erst jagt man das Publikum durch Ermahnungen, sich ja rechtzeitig mit Kohlen zu versehen, in panischen Schrecken, dann heudet man diesen Schrecken systematisch aus, und hinterher ruft man: „Ihr dummen Teufel, hättet ihr euch nicht ins Bodshorn jagen lassen, so wäret ihr auch nicht gerupft worden.“ So haben diejenigen, die von der Krise am Meisten gelitten, zum Schaden noch den Spott zu tragen. Obendrein ist die Panik so ziemlich vorbei, es ist festgestellt, daß in London noch genug Kohlen lagern, um die Metropole auf Wochen hinaus mit Kohlen zu versehen, während die Bergarbeiter-Federation noch darüber beräth, ob überhaupt noch eine zweite Woche „gespielt“ werden soll, und doch bleiben die Preise, wenn sie auch nicht gerade steigen, unverändert auf der Höhe der Schreckenwoche. Der kleine Mann muß noch immer für den Zentner Kohlen zwei Schillinge und mehr zahlen. Und da man hier noch immer in Kaminen heizt, die doppelt und dreifach so viel Heizmaterial brauchen, als die festländischen Oefen, heißt das kalte Stuben oder den Schmachtriemen enger gezogen.

Anderer Händler wiederum schieben die Schuld auf die Grubenbesitzer und reden von einer „Verschwörung“ derselben mit den Arbeitern. Und daß mindestens ein Theil der Grubenbesitzer den Beschluß der Arbeiter sehr gern gesehen oder sogar unter der Hand direkt dazu gerathen haben, steht außer allem Zweifel. Die Konturrenz, welche die Gruben sich untereinander machen, ist so groß, daß eine gemeinsame Aktion, ein „Ring“ zur Preissteigerung oder gegen Preisherabsetzung höchstens distriktweise zu Stande zu bringen ist, nicht aber über das ganze Land hinweg. Darum soll die Organisation der Arbeiter bewirken, was die Unternehmer aus eigener Kraft nicht zu bewirken vermögen. Der „Vorwärts“ hat bereits mit Recht an die Sprengung des Liverpooler Baumwollringes erinnert, wo ebenfalls die Arbeiter dem Fabrikantenthum zu Hilfe kommen mußten, als dieses sich unfähig erwies, gegen einen Ring von Baumwollen-Händlern anzukommen. Das Phänomen ist in der Hauptsache das gleiche, eine Bankrott-erklärung des Unternehmertums.

Aber auch diesem fehlt es nicht an einen Sündenbock. Theils dreht es den Spieß um und macht den Zwischenhandel für die Mißstände in der Kohlenindustrie verantwortlich, theils schimpft es auf die großen Eisenbahn-Kompagnien und Gasgesellschaften, die unablässig auf die Preise drücken, und schließlich wird die Kohlenkrise als erwünschter Anlaß benützt, einen Feldzug gegen die Regale — die „Royalties“ — der Grubenbesitzer in den Kohlen- und Erzdistrikten zu führen. In England ist es der Grubenbesitzer, dem das Recht an den Schätzen des Erdinneren im Bereiche seines Bodenareals zusteht, und theiler genug lassen sich diese Herren ihr Recht bezahlen. „Daily News“, das Haupt-

organ der englischen Liberalen, die den Kampf gegen diese „Royalties“ mit besonderem Eifer aufgenommen, rechnet aus, daß wenn man nur einen Durchschnittssatz von 8 Pence pro Tonne geförderter Kohle als Regalabgabe für die Landlords annehme — was aber meist hinter der Wirklichkeit zurückbleibe — diese Klasse von Expresstern jährlich bis zu 6 Millionen Pfund Sterling Steuern auf den Kohlenbergbau einzufachen. Ähnlich geht es im Erz-Bergbau z. B. zu, so daß z. B. nach Sir Lowthian Bell im Hüttenbetrieb von Cumberland auf die Tonne Eisen nicht weniger als sechs Schillinge für Royalties auf Eisenerz, Kohle und Kalksteine entfallen. Ein Hüttenbesitzer, der durch den Kohlenstreik angeblich gezwungen wurde, seinen Hochofen auszublauen, schreibt an den Londoner „Star“:

„Mein Hochofen produziert jährlich 50 000 Tonnen Roheisen. Die Royalty-Abgabe an das Grundbesitzthum für die dazu erforderlichen Eisenerze, Kohlen und Kalksteine beträgt 6 Schilling pro Tonne oder 15 000 Pfd. Sterling, die Löhne für alle am Ofen beschäftigten Arbeiter jährlich 3 Schilling pro Tonne oder 7500 Pfd. Sterl. Die Leute arbeiten hart für ihr Geld und verdienen jeden Penny, der sie erhalten; was aber thut der Landlord oder der Mineral-lord für sein Geld?“

Er könne daher, meint der gute Mann, obwohl er schwer durch den Streik geschädigt worden, den Kohlen-gräbern keinen Vorwurf wegen ihrer Aktion machen. „Warum soll diesen Kohlenarbeitern eine Lohnreduktion zugemuthet werden, bevor ein Versuch gemacht worden, eine Reduktion der enormen Regalabgaben zu erzielen, die an die Landlords für das Recht Kohlen zu graben, bezahlt werden müssen?“ Und der Schluß seiner Ausführungen ist: „Einen großen Streik gegen die Regale der Mineral-Lords könnte ich wohl verstehen.“

Das ist dem Herrn zu glauben, und der Krieg gegen die Regale, die Begerechte und ähnliche schöne Institutionen, die den Grundbesitzern erlauben, sich aus der Haut anderer Leute Riemen zu schneiden, ist auch unter den englischen Vergleuten sehr populär. Ob aber die Abschaffung derselben den Letzteren unter den heutigen Produktionsverhältnissen dauernd zu Gute kommen würde, ist eine andere Frage.

Jedenfalls geht aus allen diesen Diskussionen heroor, wie sehr die kapitalistische Gesellschaft in allen ihren Fugen kracht. Kein Recht des Kapitals, das mehr fest und unangreifbar dasteht. Keine Funktion der Kapitalistenklasse, die nicht immer mehr an das organisierte Proletariat übergeht. Stecken sich die Unternehmer im Kohlenbergbau hinter die Arbeiterorganisationen, um sich gegen den Druck von Seiten der Händler und womöglich auch gegen die ungeschmälerkte Forterhebung der Vergabgaben zu schützen, so verdankt das Londoner Publikum das nicht weitere Heraufgehen der Preise der Aktion der organisierten Kohlenträger. Dieselben hatten, als die Preistreiber im schönsten Gange war, den Händlern angekündigt, daß sie, wenn die Herren die Preise noch weiter heraufschraubten, 50 pCt. Lohn-erhöhung verlangen würden. Diese Drohung brachte zuerst die Preistreiber zum Stillstand.

lichen, wie der Seelenwunde, doch war es schwer, zu bestimmen, wessen Antlitz bleicher erschien, das seinige, oder das Helenen's, als sie den Gruß ihres Bruders erwiderte und, seiner zur Hilfe beim Aussteigen dargebotenen Hand nicht achtend, vom Wagen herabsprang. Ziemlich betroffen von dieser verblühten, aber trotzdem offenen Kriegserklärung, als welche er dieses Benehmen ansah, schnell jedoch die gewohnte Selbstbeherrschung wiedererlangend, bot er nunmehr Hermine die Hand, indem er sie lächelnd mit den Worten begrüßte:

„Schon fürchtete ich, daß heute meinem Feste die Krone fehlen würde.“

„Sie meinen das gute Wetter?“ erwiderte Hermine, sich leicht auf seine Hand stützend, „da haben Sie sich unnötige Furcht gemacht; mein Barometer hat mir schon gestern die beruhigendsten Versicherungen gegeben. Warte doch, Helene! Fräulein Barth und ich, wir rechnen heute auf Deine besondere Fürsorge.“

„Ich werde mir erlauben, Fräulein Findeisen, Ihnen heute als besonderer Führer und Beschützer zu dienen,“ bemerkte Howald, indem er nun auch Elisen seine Hilfe beim Aussteigen zu Theil werden ließ.

„Sie sind sehr freundlich, Herr Howald; aber im Interesse der Gesellschaft, welche heute gleichmäßige Ansprache an Ihre Fürsorge als Gastgeber hat, verzichte ich gern auf diese besondere Auszeichnung und vertraue mich dem Schutze Ihres Fräulein Schwester.“

Damit schob das Mädchen den Arm in den Helenen's und ging mit dieser nach dem Garten. Howald blieb nicht übrig, als mit möglichst freundlicher Miene die Herren

Einladung gefolgt zu sein. Das Uebrige ist Nebensache. Nicht wahr, wir Beide stehen auf dem Fuße, daß wir uns Alles sagen können?“

„Ganz gewiß, lieber Herr Howald, und um Ihnen einen weiteren Beweis dafür zu geben, will ich Ihnen ganz im Vertrauen mittheilen, daß ich mich an Ihnen zu rächen beschloß, habe wegen meiner gescheiterten Pläne mit Fräulein Findeisen. Ich habe mein Auge auf Fräulein Howald geworfen.“

„Auf meine Schwester, Herr Doktor! Machen Sie doch, bitte, hier keine unzeitigen Scherze.“

„Mein völliger Ernst,“ verzückte Dr. Raffmans.

„Ihr Ernst? Herr Doktor? Das werden Sie bleiben lassen; ich werde das zu hindern wissen.“

„Ah! Sie haben Besorgnisse wegen jener Affäre? Schlagen Sie sich solche Bedenken aus dem Sinn; das Geschäft ist glatt und kommt nicht wieder zur Sprache. Ich bin zufrieden mit dem, was Sie freiwillig geben.“

„Ich habe keine Besorgnisse, denn das wird nicht. Ich kenne meine Schwester.“

„Sie hat einen Sinn nach Dherem; ich denke sie eines Tages zu überraschen.“

„Sie kommen, sie kommen!“ rief aber jetzt Howald, das Gespräch kurz abschneidend, und eilte dem Ausgange des Gartens zu.

In der That rollten in diesen Augenblicke zwei Equipagen heran, die unter dem jubelnden Tische der Trompeten und dem Jauchzen der Dorfjugend vor dem Gasthofs hielten. Aus der ersten stiegen Heene, Hermine und Elise, aus der anderen Findeisen, Vater und Sohn, sowie Lange. Der junge Findeisen litt noch an den Folgen der körper-



Zu dem Augenblick, wo ich dies schreibe, tritt in Westminster die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter-Federation zusammen, um u. A. darüber zu beraten, ob die „Spielzeit“ noch auf eine zweite Woche ausgedehnt werden soll oder nicht. Ein Beschluß wird heute wahrscheinlich noch nicht gefaßt werden, da noch vorher die Instruktionen an die Delegierten zusammengestellt werden müssen. Jedenfalls wäre es zwecklos, auf das Resultat der heutigen Beratung zu warten, da der Telegraph Ihnen dasselbe übermittelt haben wird, bevor dieser Brief Sie erreicht.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. März.

**Aus dem Reichstag.** Die dritte Lesung des Krankentassen-Gesetzes wurde heute zum Abschluß gebracht, nachdem vorher noch zu § 75a ein Zusatzantrag von Dr. Gutschalk und Dr. Max Hirsch angenommen wurde, wonach eingeschriebene Hilfskassen und auf Grund landesrechtlicher Bestimmungen errichtete Hilfskassen durch Statut festsetzen können, daß in Gemeinden, in deren Bezirk weniger als 20 Mitglieder beschäftigt sind, den Mitgliedern an Stelle der in § 6 Absatz 1 Ziffer 1 bezeichneten Leistungen der Ersatz der Aufwendungen, welche sie hierfür gemacht haben, in Höhe der Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes (§ 8) gewährt werde.

Mit dieser Bestimmung hofft Dr. Hirsch den zentralistischen Hilfskassen es möglich zu machen auch nach dem Inkrafttreten der Novelle noch weiter zu existieren. Wir theilen diese rosigge Auffassung nicht und der Abgeordnete Ulrich gab diesen Zweifeln auch Ausdruck. Der Antrag wurde mit sehr geringer Mehrheit angenommen, muß aber, da er nicht gedruckt vorlag, morgen noch einmal zur Abstimmung gebracht werden. Es wird dabei sehr wesentlich von der Besetzung des Hauses abhängen, wie die Entscheidung ausfällt. — Außer der Krankentassen-Novelle standen eine lange Reihe von Wahlprüfungen auf der Tagesordnung. Dieselben wurden alle ohne Debatte erledigt, nur bei der Wahl des Abgeordneten Grumbt (Pirna, Sachsen) kam es zu einer längeren Auseinandersetzung über das Eingreifen der Kriegervereine in die Wahlagitatorien. Schließlich wurde die Wahl für gültig erklärt, da das Centrum in seiner Majorität in der Wahlagitatorien der Kriegervereine nichts bedenkliches mehr erblickt. Früher war das allerdings anders, aber damals zählte das Centrum noch zu den „Reichsfeinden“, während jetzt diese Partei sich darin gar nicht genug thun kann, ihre eigene politische Vergangenheit, soweit sie einen liberalen Anstrich hatte, zu verläugnen. Wie die Wahl Grumbt's wurde auch die Wahl des Abgeordneten Jangemeister (Gotha), wo die Kriegervereine ebenfalls mobil gemacht worden sind, für gültig erklärt.

**Sessionsabschluss.** Es scheint gewiß, daß der Schluß dieser „langen“ Reichstagsession — die mit dem Zusammentritt des gegenwärtigen Reichstags im Frühjahr 1890 zusammenfällt — vor Ostern erfolgen soll. Dies würde zur Voraussetzung haben, daß die Regierung die zahlreichen Gesetzentwürfe, mit denen sie in jüngster Zeit den Reichstag überflutet hat, fallen zu lassen gesonnen ist. Da gerade diese Gesetzentwürfe (Zuhältergesetz, Spionengesetz, Elsas-Lotringisches Belagerungszustandsgesetz u.) der charakteristische Ausdruck der jetzt herrschenden Gedankenrichtung des „alten Kurses“ sind, so würde die Zurückziehung dieser Gesetzentwürfe unzweifelhaft einen Rückzug und eine Niederlage der Regierung bedeuten. An dieser Thatsache könnte keine Sophistik etwas ändern.

**Der 18. März.** Das Volk von Berlin hat den 18. März würdig begangen, wie das selbstverständlich. Es gedachte der „Irenen Todten“, die im Friedrichshain schlummern, und trotz der seltsamen Befürchtungen, welche zu einem außerordentlichen Polizeiaufgebote geführt hatten, kam es zu keinerlei störendem Zwischenfalle. Dieser ruhige Verlauf war sicherlich nicht nach dem Geschmack jener Leute, die seit einiger Zeit eifrigst beschissen waren, den Teufel eines auf den 18. März anberaumten Straßenkampfes an die Wand zu malen. Wie giftig wurde der „Vorwärts“ angegriffen, weil er der Wahrheit gemäß feststellte, daß die Sozialdemokratie mit den Straßentumulten der letzten Woche des Februar nichts zu thun hatte. Und vorgestern noch polemisierte Herr

Bindter von der „Norddeutschen“ in einem langen Leitartikel gegen die paar Feilen, in welchen Diebstahl einem französischen Korrespondenten gegenüber den absolut unpolitischen Charakter jener Annahme betont hatte. Es sollte durchaus ein revolutionäres Vorbild gewesen sein. Mit Kassandrastimme wurde angedeutet, daß eine blutige Straßentragödie nachfolgen werde; und welcher Tag wäre geeigneter dafür als der 18. März? — Systematisch verbreitete man allerhand beunruhigende Gerüchte und brachte es wirklich so weit, daß ängstliche Gemüther dem 18. März zitternd entgegenzogen.

Herr von Caprivi hat sich einst sehr ungehalten über den Beunruhigungs-Vazillus ausgesprochen. Wenn er eine erkleckliche Anzahl fangen und die Herde, von denen sie ausgehen, kennen lernen will, dann hat er jetzt die beste Gelegenheit. Und kommt er nicht selbst auf die Spur, so möge er sich den Berliner Herrn Polizeipräsidenten rufen lassen. Der kann ihm auf die richtige Fährte verhelfen.

**Es freisetzt.** Der „Reichsbote“ schreibt in seiner Nr. 67 vom 19. März:

Der Kultusminister Graf Jedlich hat, wie uns mitgeteilt wird, dem Reichskanzler seinen Entschluß kundgegeben, von seinem Amte zurücktreten zu wollen. Bestätigt sich diese Nachricht, so kann es sich nur um das Schulgesetz handeln. In Bezug auf dieses hat sich der Reichskanzler mit dem Kultusminister vollständig identifiziert und wenn dieser deshalb zurücktritt, so dürfte der Reichskanzler schwerlich bleiben können! Die Folgen wären unabsehbar. Wir warten deshalb noch nähere Nachrichten ab.

Die Nachricht wird mittlerweile von allen Seiten bestätigt und auch Graf von Caprivi hat seine Demission eingereicht. Die liberalen schwimmen über diesen Auszug in einem Meer von Wonne und Eugen Richter leitartikelförmig bereits über das „gescheiterte Schulgesetz“. Wenn nur das dicke Ende nicht noch kommt! Der Umstand, daß der Führer der Stockkonservativen, der Landrath von Raachhaupt, extra nach hier berufen worden ist, um mit seinem Rath aus der Patsche zu helfen, spricht gerade nicht dafür, daß nunmehr die Zeit der liberalen Aera gekommen ist. Wir haben dem Schulgesetz immer mit großer Gemüthsruhe zugehört, uns regt auch die neueste Wendung nicht auf. Spaß macht es uns nur, daß diese Koulissenerziehung genau in den Zeitpunkt fällt, wo die Herren vom Centrum sich für die zehn Millionen für den Dombau bereits so festgelegt haben, daß ein Zurückweichen nicht mehr möglich ist. Der alte Bindthorst wäre auf den Bein nicht getrocknet; er hatte die Gepslogenhait, früher aufzustehen.

**Die neue Lotterie zur schönen Aussicht.** Schloßfreihais-Lotterie, Antislaverei-Lotterie, Schöne Aussicht-Lotterie, das ist in der That eine anmuthige Steigerung. Und voranschichtlich ist die jetzt erreichte Stufe noch nicht der Gipfel. In das öffentliche Getriebe greift mit Energie ein die Lottoschraube ohne Ende. Ist man heute bereits so weit, die Mittel zur Verschönerung der Aussicht eines königlichen Schlosses durch das von Adolf Wagner als Wülfensteinsteuer gekennzeichnete Lotterie-Glückspiel aufzubringen, so wird das staatlich genehmigte Hazardspiel, das Koulissetpiel von Amtswegen immer weitere Kreise ziehen und zu der Brandschätzung durch indirekte Steuern das Sehen in die Lotterie zu einer neuen gewinnbringenden Methode der Schröpfung aller Derer machen, welche nicht alle werden. Die Klassen-Lotterie, dieser Trumpf auf die öffentliche Sittlichkeit, wird zu einer nichtsagenden Bagatelle herabsinken, und jedes Bedürfnis, jeder Wunsch und jede Laune hochmüthiger Herren, einflussreicher Staatsmänner und anderer Autoritäten wird durch die Ausgabe buntbedruckter Papierzettel befriedigt werden. Aus dem Glücks-topfe ziehen die Veranstanter der Lotterien sicher einträgliche Treffer, die kolossal-Miete fällt aber dem Klassenstaate, der bürgerlichen Gesellschaft zu, ihnen, die mit solchen Mitteln sich um das letzte Nestchen von Ansehen und Kredit bringen und eines Tages das erleben werden, was die Kroupiers in Homburg v. d. S. erblassend erlebten, daß ihnen die Gold eintrassende Kränze aus der Hand genommen und die Spielbank geschlossen wird. Die äppigste Einbildungskraft erlaubt, wenn sie all die Möglichkeiten sich vorstellen will, die sich in Lotterienpläne umsetzen lassen. Heute hecht ein findiger Kopf eine Terrasse, morgen eine Reitbahn aus, dieser projektirt einen Lustth in an der Spree, jener eine Villégiatur am Rhein, hier ist irgend ein vermødeter Ahne, der vor Jahrhunderten mit den Junkern gemeinsam das

Land unterdrückt und die Bauern gelegt, mit einem Denkmale, dort ein das rosige Licht seit wenig Wochen schauernd Säugling mit einer monumentalen Kinderklapper zu befestigen. Und wenn der Landtag wirklich hart werden und zu dem Zehn-Millionen-Butterbrot nicht mehr den Ausschneid der Unterhaltungskosten bewilligen wird, ei so giebt man Boose aus. So kommen die Herren Minister nicht in Verlegenheit und der Hazard-Weizen blüht. Nie fehlen die kapitalkräftigen Bankiers, die den Plan durchführen und mit behaglichem Schmunzeln als Entgelt für die „Finanzirung“ zwei Millionen in die Tasche stecken. Denn soviel wird diesmal der geschäftskundige Patriotismus der Geldmänner einsackeln, welche die Schöne-Aussichts-Lotterie in die Hand genommen haben, ein Lumpengel, wenn man bedenkt, daß vier Millionen für Gewinn, zwei Millionen zur Niederlegung der Häuser am Schloßplatz zwischen der Breitenstraße und der Spree, sowie zu einer Abrundung des Rothen Schlosses bestimmt sind. Die Berliner Stadtverwaltung soll das nöthige Straßenterrain dazu abtreten. Obwohl es im Verkehrsinteresse unumgänglich nöthig ist, daß der Schloßplatz nicht verengert wird, obwohl die liberale Presse heute gegen die Lotterie eifert, so sagen wir bereits heute mit Sicherheit voraus, daß die deutsch-freimüthigen Stadtbehörden, der Magistrat mit dem Helben von Fockenberg und die Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung mit altbewährter Devotion auf die Knie fallen und thun werden, was befohlen wird. Die Byzantiner, welche den Bergabrunnen errichtet haben, sind auch für jede andere Forderung zu haben, die Brust geschmeilt von Männerstolz vor Königschronen. Und die fortschrittlichen Blätter, die „Vossische Zeitung“, die „Freisinnige Zeitung“, sie, welche jetzt gegen den Lotterienplan Front machen, der ein Kind aus der Ehe des Byzantinismus mit der Profit-muth“ sei, sie werden den gutbezahlten Inseraten der Schönen Aussichts-Lotterie ihre Spalten mit der üblichen Brünstigkeit öffnen, wie vordem den Anzeigen der Schloßfreihais- und Kolonial-Lotterie. Das ist zwar Prostitution, aber gutbezahlt. Und Geld riecht nicht.

**Nachschrist.** Neuesten Nachrichten zufolge soll indeß der neue Lotterienplan aufgegeben sein. Der Minister des Innern, so wird behauptet, habe seine Zustimmung versagt, da man die Segel der Opposition nicht noch mehr schwellen wolle. Diese böse Opposition, welche die schönsten Pläne kreuzt! Ebenfalls dementirt werden die Gerüchte, daß eine Kronanleihe im Betrage von 40 Millionen geplant sei und daß der letzte Kronrath sich mit der Frage einer abermaligen Erhöhung der Zivilliste zu beschäftigen gehabt habe. Zu dem letzteren Punkte schreibt der konservative „Reichsbote“: „Allerdings hat die Krone eine den Voranschlag sehr überschreitende Ausgabe gemacht. Es handelt sich nach einer Angabe um einige 100 000, nach der anderen um 1-1/2 Millionen Mark, die bei dem geregelten Stande der Finanzen der Krone leicht gedeckt werden können.“

**Erhöhung der preussischen Zivilliste in Sicht?** Gestern hat angeblich ein Kronrath, d. h. eine Sitzung des Gesamtministeriums unter dem Präsidium des Königs stattgefunden. U. a. soll dabei über eine Erhöhung der Zivilliste verhandelt worden sein. Die Einkünfte des Königs aus der Zivilliste betragen, da sie bei seinem Regierungsantritt um drei und eine halbe Million Mark erhöht worden ist, augenblicklich 15 719 296 M. jährlich. Die Begründung der Mehrforderung war damals, in der Aera der Hochschulzölle, deshalb bemerkenswerth, weil sie die Steigerung der Lebensmittelpreise ins Gesicht führte. Welche klägliche Rolle die Deutschfreimüthigen damals im Abgeordnetenhaus gespielt haben, ist satfam bekannt: Herr Birchow z. B. drückte sich bei der Entscheidung über diese Angelegenheit vorsichtiger Weise. Die Mehrbelastung der Steuerzahler in einer Zeit des Niedergangs erfolgte. Heuer, da der Nothstand grassirt, eine weitere Erhöhung der Kron-dotation zu heischen, ist ein Unternehmen, das in einem wahrhaft konstitutionellen Lande dem Ministerium seine Portfeuille kostete, bei uns aber vielleicht glücken wird. Dieser Landtag, der für den Dombau zehn Millionen votirt, wird auch die Zivilliste erhöhen. Wenn die Lage der unteren Beamten, der Staatsarbeiter, der Subalternen ernstlich verbessert werden soll, werden die Landboten sich dafür um so zäher zeigen. Das Volk, das unter den schwierigsten wirtschaftlichen Zuständen ums Dasein kämpft, wird an den Thatsachen die richtige Kritik üben.

Findeisen und den Dr. Lange zu begrüßen, in deren Begleitung er dann seinerseits den Garten wieder betrat.

Das Trompeterkorps ließ nunmehr eine schmetternde Fanfare, diesmal außerhalb des Gartens, ertönen, und die bereits mit dem Programm vertraut gemachte Gesellschaft betrat, in mannigfaltige Gruppen zertheilt, den Weg, auf welchem Howald mit dem älteren Findeisen voranschritt.

In der That wäre kaum ein besserer Weg zu einem Spaziergange aufzufinden gewesen, denn er lief mächtig bergan zwischen einer doppelten Einfassung von Haselnuß-Sträuchern und neben einem lustig einherplätschernden Bache. Aus unsichtbaren Verstecken bliesen die Trompeter von Zeit zu Zeit einen Schritt befördernden Marsch, und bei der lebhaftesten Unterhaltung, die in allen Abtheilungen des Zuges geführt wurde, gelangte man, ohne viel von der Länge des Weges bemerkt zu haben, an einem ziemlich hohen verwitterten Gemäuer an, welches an die Umgebungsmauern einer alten Raubritterburg erinnerte. Da, wo der Weg an das Gemäuer stieß, erblickte man eine Pforte aus massivem Holzwerte, von einem Thürmchen überzagt, und der Pfad theilte sich, um rechts und links an der Mauer entlang zu laufen.

An der Pforte hielt die Gesellschaft an und blickte auf Howald, der emsig in seinen Taschen suchte und dann erklärte, daß er aus Versehen den Schlüssel vergessen, was ihm sehr leid sei, da die Gesellschaft nun einen ziemlich langen Umweg zu machen habe, um nach dem Hauptthor zu gelangen.

„Schade“, meinte die Kommerzienträtin, „denn ich muß gestehen, daß ich ziemlich ermüdet bin.“

„O, Sie sind ermüdet?“ fragte Howald mit anscheinend theilnahmvollem Tone, „dann müssen wir allerdings sehen, daß wir gleich hier hineinkommen, und wenn wir die Pforte sprengen sollten.“

Einige Stimmen erhoben sich, um gegen einen solchen Schritt zu protestiren, aber Howald bemerkte lächelnd:

„Vielleicht thut es diese Pistole“, und indem er das bezeichnete Gewehr aus der Brusttasche zog, richtete er dessen Mündung gegen das Schloß der Pforte.

„O, bitte, nicht schießen“, rief Elise, und der jüngere Findeisen, welcher beim Erschließen dieser Schießwaffe ein nervöses Bittern empfand, schien diese Bitte unterstützen zu wollen, aber im nächsten Augenblicke ging auch schon der Schuß los, bei dessen Knallen mehrere Damen laut aufschriehen.

Wunderbar erschienen aber auch den Herren die Wirkungen des Schusses, denn die Thüre theilte sich sofort, rasselte nach beiden Seiten auseinander und ließ eine breite Oeffnung zum Eintritt für die Gesellschaft. Vor den Blicken der Neugierigen zeigte sich nun eine lange Allee, die, sanft ansteigend, zwischen alten Bäumen hindurchführte. Die Allee schien aber endlos, denn sie führte nach einer Höhe, über welche die Blicke nicht hinwegzusehen vermochten.

„Das ist noch ein weiter Weg“, seufzte der dicke Bankier, „da möchte man sich gleich eine Eisenbahn wünschen.“

„Eine Eisenbahn möchten Sie haben?“ fragte Howald gleichmüthig, „die können Sie hier haben. Es hatte sich eigentlich geschickt, daß ich diese Fahrgelegenheit der Gesellschaft von vornherein zu Gebote stellte. He! holla! ein Dampfswagen wird gewünscht! Kommt Niemand? Da muß ich wieder zu meinem Untercalnmittel schreiten. Meine Damen, erschrecken Sie nicht!“

Abermals ertönte der Knall der Pistole in Howald's Hand, und gleich darauf hörte man das charakteristische Geräusch eines sich nähernden Eisenbahnzuges. Unwillkürlich suchten die Augen das Schienengeleise, welches man sich unmerklich von einer solchen Fahrgelegenheit vorzustellen gewöhnt hatte. Aber nichts war zu sehen, als die glatte Gartenstraße.

Und nun standen mit einem Male, wie durch eine Zaubermacht herbeigezogen, zwei elegante offene Wagen, die zwar mit ihrer Konstruktion an den Omnibus erinnerten, aber in Wirklichkeit je zwei einander gegenüber gestellte Reihen von Armesseln enthielten.

Unter Lachen und Zeifallsbezeugungen aller Art bestieg die Gesellschaft dies neue Transportmittel, und zwischen den Bäumen des Parks hindurch sahen sie eine kurze Strecke, wobei eine verborgene Orgel mit ihrer durch einen elek-

trischen Apparat hervorgerufenen Musik das fast gänzlich zum Schweigen gebrachte Rädergeräusch überdünnte.

Der Erfinder dieser ingeniösen Eisenbahn wollte schon längere Zeit im Irrenhause, weil ihm Howald, dem er seine Erfindung geoffenbart, erklärt hatte, die Erfindung sei hübsch, aber unpraktisch, da sie in einer gewinnbringenden Weise nicht auszunutzen sei. Und der arme Arbeiter hatte mit dieser Erfindung sein kleines Lebensglück begründen zu können erhofft!

Der glückliche Festgeber hatte noch kaum alles Lob einnehmen können, welches man ihm, als dem genialsten aller Erfinder des Landes, dem unternehmendsten aller Industriellen u. s. w. zu spenden sich beeilte, als plötzlich der Zug vor einem mit den reizendsten Anlagen umgebenen Landsee machte.

Der Charakter der Landschaft war mit einem Male wie umgewandelt; keine Kiosken schienen zwischen tropischen Pflanzen und Bäumen hervorzuquellen und zum Versteckenspielen einzuladen. Vor sich aber sahen die Besucher, jenseits der in leichten Wogen sich bewegenden Wasserfläche ein Schloß wie aus Taufend und Eine Nacht. Breite weiße Marmorstufen führten zu einem geräumigen Boote, welches in seinem blendenden Weiß wie in seiner Form einem riesigen Schwane glich.

„Mein lieber Schwane, komm doch heran!“

„Ich bin ein Festheilnehmer nach der Arie aus Wagner's „Lohengrin“.“

Und wirklich sah die Gesellschaft, die inzwischen die Wagen verlassen und sich am Ufer versammelt hatte, wie sich der Bootschwan oder das Schwanenboot mit dem Kopfe ihr zudrehte und langsam auf sie zuzuschwimmen begann.

Und als es endlich nahe genug dem Ufer gekommen, streckte es von einem seiner Flügel her einen zierlichen Steg der Gesellschaft einladend entgegen.

„Ist es gefällig, theuerstes Fräulein?“ rief Howald, indem er dem Fräulein Findeisen seine Hand als Stütze zum Einsteigen bot.

straße 2.

(Fortsetzung folgt.)



**Ueberflüssige Mähe.** Wie aus Paris telegraphisch wird, sind heute, am 18. März, dem Jahrestage der Pariser Kommune, die Zentralbehörden und die republikanische Garde, im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung, konfignirt worden. Die Arbeiter ehren ihre Todten würdig und taktvoll, die Ordnung aber wird nur gestört, wenn die Polizei sich Uebergriffe erlaubt, anstatt die Dinge ihren Gang gehen zu lassen. So wird das sozialistische Festbanket im neuen Volkshaus auf Montmartre glänzend verlaufen. —

**Eine Konkurrentin im eigenen Lager.** Gemäß erfolgter Eintragung in das Handelsregister erscheint demnach in Köln eine neue politische Zeitung unter dem Titel „Westdeutsche Zeitung“. Herausgeber ist der langjährige politische Redakteur der „Köln. Zeitung“, Dr. Hans Klefer. Die Persönlichkeit des Herausgebers, wie der politische Standpunkt der finanziell Beteiligten, lassen erkennen, daß das neue Blatt im Gegensatz zu der „Köln. Zeitung“, gemäßigter gegen die Regierung auftreten und eine streng royalistische Haltung haben wird. Der Grundcharakter wird „kartell-liberal“ sein. Die erste Nummer erscheint vermutlich Anfangs April. Was wird der Kollege von Friedrichshub zu dieser Sezession sagen! —

**Der bescheidene Herr Richter.** Mit einem gewissen Pathos erklärt Eugen Richter in der „Freisinnigen Zeitung“, er habe nie behauptet, daß die „Sozialdemokratischen Zukunftsbilder“ für sich allein im Stande seien, seit Jahren bestehende und ausgebreitete sozialdemokratische Organisationen nun auf einmal in Nichts aufzulösen. „Allein“, „auf einmal“, „in Nichts aufzulösen“, kann man bescheidener sein in der Bewertung der löschpapierenen Verdienste um die Rettung von Eigentum, Ordnung, Religion und Familie? —

**Freidenkerisches.** Unseren Lesern ist es bekannt, daß wir uns den Jörn der Frau Hedwig Wilhelmi zugezogen haben, weil wir den Abdruck einer Hufschrift der genannten Dame, und zwar aus sehr guten Gründen, verweigerten. Wie wir aus Amerika erfahren, schlägt Frau H. Wilhelmi in dortigen Freidenker-Blättern einen Höllelärm ob dieser Lappalie. Nun — das ist ein Vergnügen, welches wir der Dame gerne gönnen. Durch ihre falsche Darstellung der Sache aber hat sie auch Parteigenossen eingeführt. So schreibt die „New-Yorker Volkszeitung“ — die sonst das Freidenkertum genau so beurtheilt wie wir — in einer der letzten Nummern:

Jene Polemik (der Frau H. W.) führt sich zurück auf einen mit etwas taktloser Voreiligkeit von Seiten des „Vorwärts“ gegen Frau Wilhelmi gerichteten Angriff, der von Rechts wegen gegen den Freidenker-Verein von Köln hätte gerichtet werden sollen. Und jene Voreiligkeit wurde dadurch gewiß nicht ausgeübt, daß der „Vorwärts“ einer rechtfertigenden Erklärung der Angegriffenen die Aufnahme verweigerte. Wie billigen dieses Verfahren des „Vorwärts“ durchaus nicht.

Die „New-Yorker Volkszeitung“, die sich übrigens unseren bei jener Gelegenheit gemachten prinzipiellen Ausführungen vollständig anschließt, ist hier falsch unterrichtet. Die Bemerkung, welche Frau H. W. in Harnisch brachte, war einem anderen Parteiblatt entnommen. Die mitgetheilte Thatsache — freidenkerliche Verläumdung des Sozialismus anlässlich eines Vortrages der Frau H. W. — war absolut richtig — falsch war nur die gewiß sehr verzeihliche Annahme, daß Frau H. W. um die Verleumdung gekümmert habe. Diese falsche Annahme wurde sofort nach Empfang des Schreibens der Frau H. W. rückhaltlos und in loyalster Weise von uns berichtet. Damit war die Sache für uns zu Ende und Jedermann wird zugeben müssen, daß wir durchaus korrekt gehandelt haben. Frau H. W. wollte aber keine bloße Berichtigung, sie verlangte den Abdruck eines sehr erregten, höchst überflüssigen und unsere Leser gar nicht interessirenden Deklamation enthaltenden Briefes, und verlangte von der Redaktion des „Vorwärts“, die zu verabschiedlichen Malen sehr lebhaft für die Dame eingetreten war, den Abdruck ihres Jörnsergusses auf Grund des Präsesetzes. Da hörte die Gemüthlichkeit und die Galanterie auf. Der sonderbaren Zumuthung wurde natürlich nicht entsprochen. Das der Sachverhalt. Und die „N. Y. Volkszeitung“ wird nun wohl anders urtheilen.

Auf unser Verhältniß zum sogenannten Freidenkertum haben wir keine Ursache, nochmals einzugehen. Unsere Genossen sind sich so klar, daß jedes Wort Zeitverschwendung wäre. In dieser ersten Zeit haben wir Wichtigeres zu thun. —

**Das Grubenunglück von Anderlues.** In der belgischen Kammer hat der Abgeordnete Sanyee wegen der furchtbaren Katastrophe, die 163 Opfer gekostet, die Regierung interpellirt. Er beklagte besonders die Mangelhaftigkeit der Bestimmungen über die in der Kohlenindustrie zu treffenden Vorsichtsmaßregeln. Und mit Recht, denn mit Stauern erfährt man von gut unterrichteter Seite, daß in den Gruben von Anderlues, die doch als die gefährlichsten der ganzen Gegend bekannt sind, zündende Sprengstoffe benutzt wurden, was dem Gesetz über die Gruben geradenz wider ist. Schon bei den vorigen Katastrophen in Anderlues und Agrappe, 1878 und 1880, waren Klagen darüber aufgetaucht; Maßregeln wurden vorgeschlagen und neue Bestimmungen festgesetzt. Allein was nützen sie, wenn sie nicht ausgeführt werden? Abgeordneter Janson klagte auch über die Haltung der Gesellschaft, welche wenig geneigt scheint, die Hinterbliebenen der Verunglückten zu entschädigen. Zwar erklärte der Minister De Bruyn, der Verwaltungsrath der Gesellschaft habe ihm die Versicherung gegeben, er würde die nöthigen Maßregeln treffen, allein das genügt Janson nicht. Er wies darauf hin, daß bis jetzt noch kein Gesetz existire, welches die Verantwortlichkeit der Gesellschaften feststelle. In solchen Fällen sei das Einschreiten der öffentlichen Wohlthätigkeit zwar gebührend anzuerkennen, allein dadurch werde der Arbeiter an das Almosen gewöhnt, und andererseits könnten die Gesellschaften sich gar zu leicht ihrer Verpflichtungen entledigen. Die größten Aktionäre der Anderlues'schen Gruben sind französische Kapitalisten, die nicht zu fassen sind. Die Gesellschaft von Anderlues ist mit der von Mariemont die reichste des Landes. Ihre Aktien, die 500 Fr. betragen, stehen an der Börse trotz der Katastrophe über 8000 Fr. Bezeichnend für den Grad der Missstimmung ist der Umstand, daß in der Kammer selbst ein Abgeordneter die Schließung der Gruben von Anderlues verlangte, weil sie nicht mit genügender Vorsicht betrieben werden. Aus Anderlues selbst erfährt man, daß sechs der noch lebend aus der Grube gebrachten Arbeiter ihren Verwundungen erliegen

sind. Mit welcher zügellosen Rohheit die Profitgier wirthschaftet, unterstützt vom Bourgeoisstaat, der keinen Finger rührt, um thätkräftig die Arbeiter zu schützen, tritt wieder einmal klar zu Tage. Obwohl eine königliche Verordnung vom 28. Juni 1884 die Grubenarbeit von Knaben unter zwölf Jahren und von Mädchen unter vierzehn Jahren ausdrücklich verbietet, lehrt sich Niemand an diese Vorschriften. Aus der Grube von Anderlues wurde der zerstückelte Leichnam eines — siebenjährigen Knaben gezogen! Für die armen Grubenarbeiter vermag die belgische Regierung nichts zu thun, für den ersten Mai aber rüstet sie grandios. Die Klasse 1888 der Grenadiere und Carabiniers und die Klasse 1889 der Linienregimenter werden unter die Fahnen gerufen; vom 28. April an wird kein Urlaub mehr gewährt. —

**Der englische Kohlenarbeiter-Streik.** Der Brief unseres Londoner Korrespondenten in der heutigen Nummer, auf den wir hiermit verweisen, wurde geschrieben, noch ehe das Ergebnis der Delegirten-Konferenz der streikenden Bergarbeiter bekannt war. Die Entscheidung fiel, wie gestern bereits auf Grund eines Telegramms mitgetheilt ward, zu Gunsten der Wiederaufnahme der Arbeit am nächsten Montag aus. Und es ist auch kein Zweifel vorhanden, daß die Mannschaften dem Beschlusse gemäß handeln werden. Dieser gilt aber nur für den Vergarbeiter-Verein, der mit 300 000 Mitgliedern am Streik theilhaftig ist. Die Kohlengräber von Durham, über 90 000 an der Zahl, sind entschlossen, weiter zu streiken, bis die Lohnreduktion, welche sie in den Ausstand trieb, von den Grubenbesitzern zurückgenommen ist, woran so bald nicht zu denken.

Wie die Dinge stehen, ist es sehr wahrscheinlich, daß in den meisten Kohlenbergwerken Großbritanniens auf einige Zeit hinaus nur fünf Tage in der Woche gearbeitet werden wird — ein Eisenhart-Mittel gegen „Ueberproduktion“, welches in der englischen Industrie schon seit vielen Jahrzehnten in vogue ist. Es entspricht dasselbe beiläufig den Entsetzungen, denen sich der überfüllte Bourgeois regelmäßig unterwerfen muß. Heute „Ueberproduktion“, morgen gewaltsame Einschränkung der Produktion; — heute Vieles, morgen Schwemmerei — so ist die Bourgeoisie und so ist der Bourgeois. —

## Briefe aus Frankreich.

Der Nationalrath der Arbeiterpartei hat in diesen Tagen sein Gemeindeprogramm veröffentlicht, das zu den bekanntlich mit der Kaiserin zusammenfallenden Gemeinderath-Wahlen überall in ganz Frankreich angeschlagen werden soll. — Es ist das auf dem letzten nationalen Kongress in Lyon, wo 298 Gruppen und Syndikate vertreten waren, beschlossene Programm, das eine doppelte Wichtigkeit gewinnt durch das Datum seines Ursprungs und als erster Schritt zu einem energischen Eintreten unserer Partei in die Gemeindepolitik. Man weiß, daß bis dahin die sogenannten sozialistischen Radikalen und die Angehörigen der possibilistischen Partei sich an den Municipalwahlen nur theilhaftig hatten, um für das Prinzip der sogenannten kommunalen Autonomie einzutreten, das, wenn man es nicht mit den sozialistischen Reformen als seinem Zweck und innerstem Wesen verbindet, in einer kapitalistischen Periode eitel und nichtig ist, wie das andere Prinzip einer Ueberführung des öffentlichen Verkehrs in Gemeinbesitz.

Gehen wir nun zum Manifest über, das in großen Zügen den Inhalt und die Ziele des Programms wiedergibt. Es rüft den französischen Arbeitern zu, daß sie „mit der Arbeiterschaft zweier Welten den gesetzlichen Achtstundentag zurückzufordern und so den Weg zur völligen Befreiung der Arbeit, die nur durch politische und ökonomische Enteignung der Kapitalistenklasse möglich ist, zu bereiten haben“; daß sie auf diese Weise ihre Todten rächen sollten, die „im vergangenen Jahre durch die Uebel's der Unternehmer-Republic gefallen sind!“ — Von nun an — und gerade darauf legt das Programm sein Schwergewicht — gilt es, zur Eroberung der politischen Macht, die in den Gemeinden mit inbegriffen, sich kampfbereit zu machen. Und nicht länger soll es sich darum handeln, an die öffentlichen Gewalten Beschwerden und Klagen, die ewig nur todes Papier bleiben, zu richten, sondern sich dieser Gewalten selbst zu bemächtigen und sie den Interessen der Arbeiterklasse und dem Triumphe ihrer Rechte dienlich zu machen.

Unnütz ist es gewesen, daß man „von der durch die Arbeiterklasse gegründeten und nun ihre Gründer unterdrückenden Republik“ Reformen verlangte. Denn sie ist „nichts als eine andere Form der Monarchie, die das Volk unter derselben Steuerlast zermalmt, es wehrlos derselben kapitalistischen Willkür ausliefert und zum Profit von 142 000 Großgrundbesitzern den furchtbaren Kornwucherertrag des alten sterbenden Reiches wieder aufleben läßt.“ Hier gilt es für die Arbeiterklasse, nach der Eroberung der Gemeinden, Ordnung zu schaffen, indem sie die Verwaltung des Landes in die Hände nimmt. Und, als erstes Werk, bis zur völligen und endgiltigen Erringung der Gewalt, sollen die Kommunalräthe, sobald die Arbeiterklasse ihren Einzug in dieselben gehalten haben wird, unverzüglich die Erziehung und Arbeitsbedingungen verbessern, Kindheit und Alter der Arbeiter vor dem Hunger sichern, die Frauen beschützen und ein für allemal blutige Ueberfälle wie die von Roumies aus der Welt schaffen, die nur unter Begünstigung und Mithilfe bürgerlicher Gemeindevertretungen möglich sind.

Und endlich, was die laufende und aktuelle Politik anbelangt, so sollen die Gemeindevahlen vom 1. Mai den Opportunismus, jene letzte und vollständigste Form bürgerlicher Versumpftheit, endgiltig aus den Städtischen hinausjagen. Sie sollen, wie an Constan, so an allen diesen unheilvollen Menschen, die unter der Verwaltung unserer 30 000 Gemeinden nur eine Konzeption, Frankreich ein detail auszupländern, verstanden haben, die Verurteilung zu vollstrecken.

Aber — und das Programm betont dies ausdrücklich — diese Eroberung der Gemeindegewalt wird nur die Einleitung zur endgiltigen Eroberung aller politischen Macht sein, sie wird uns befähigen in den weiteren Gang der Ereignisse, die die neue Gesellschaft herbeiführen werden, leitend einzugreifen.

Dies ist der Inhalt des Manifestes, das die Arbeiterpartei überall hinaussenden wird, und es würde nur noch erübrigen — wenn es nöthig wäre — zu beweisen, daß für uns die Eroberung der Gemeindevaltungen und auch der Kammer nur ein Mittel zum Zweck ist, und daß wir, gleich der deutschen Sozialdemokratie, alles, Streiks, Wahlen, politische Aktion u. s. w. unserem einen Ziele unterordnen: Dem Sieg der Arbeiterklasse und der Herbeiführung der kommunistischen Gesellschaftsordnung.

Von den Programmpunkten wollen wir nur einige zitieren, die zeigen, welche Politik die sozialistischen Abgeordneten in den Gemeinderäthen verfolgen sollen.

Vom gesetzlichen Arbeitstag, dem aktuellsten Ziel, handelt der Artikel 2:

Einführung von Klauseln in die Bedingungen über die Ausführung städtischer Arbeiten, welche den Arbeitstag auf acht Stunden bezirken, ein von dem Rath in Uebereinstimmung mit den Verbänden festgesetztes Lohnuminimum garantieren und die schon durch ein gesetzliches Dekret von 1846 abgeschaffte Altersverdingung urtheilen. — Einrichtung einer Inspektionsbehörde, die über die Ausführung dieser Klauseln zu wachen hat.

Der Artikel 3 fordert, daß in jeder Stadt „eine Arbeitsbörse errichtet werde, die unter der Verwaltung der Arbeitersyndikate und der korporativen Gruppen stehen soll“.

Was die Gemeindefteuern anbelangt (Artikel 4): Abschaffung aller Steuern auf Lebensmittel.

Die Abgaben betreffend (Art. 5): Befreiung der kleinen Mieter von jeder Mobiliar- und Personalssteuerquote und entsprechende, progressive Steigerung der höheren Sätze.

Die Frage der öffentlichen Gesundheit nimmt, wie es in einem sozialistischen Programm natürlich ist, einen großen Raum ein. So finden wir folgende Forderungen: Herrichtung nach den Erfordernissen der Gesundheit und Verbesserung aller Wohnungen, die als gesundheitschädlich erkannt werden, auf Kosten der Eigentümer (Art. 6). Einrichtung unentgeltlicher ärztlichen Beistandes und Verabreichung von Arzneien zu ermäßigten Preisen (Art. 7). Anlage von öffentlichen, unentgeltlichen Bädern und Waschanstalten (Art. 8). Schöpfung von Sanatorien für die Kinder der Arbeiter und Aufnahme derselben in den bereits bestehenden Sanatorien auf Kosten der Gemeinden. — Schöpfung von Gebäranstalten mit Wöchnerinnenheim, und von Asylen für die Greise und die Invaliden der Arbeit. — Nachtquartiere und Verteilung von Lebensmitteln an die durchreisenden Arbeiter und Diebigen, die, ohne festen Wohnsitz zu haben, nach Arbeit suchen.“ (Art. 7). —

Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei im Stadtverordneten-Kollegium von Berlin, die der deutschen Bourgeoisie ihre Gleichgültigkeit in Allem, was das öffentliche Wohl angeht, so vorzüglich nachgewiesen haben, werden — wir hoffen es — in den französischen Gemeindevertretungen würdige Nachfolger finden.

Und zuletzt, als unerläßliche Vorbedingung für den Einzug von Arbeitervertretern in die Bourgeoisversammlungen fordert das Programm:

„Entschädigung für die Thätigkeit in den Gemeindevaltungen nach der Maximalrate der Arbeitslöhne“ (Art. 12), und ebenso: „Befreiung der Arbeiter-Schiedsrichter nach einer Tazze, die ihnen die vollkommene Unabhängigkeit gegenüber dem Unternehmertum gewährleistet.“

Dieses sind die Forderungen des sozialistischen Manifestes, die einzig und allein einer Arbeitervertretung die Bedeutung einer wahrhaft sozialistischen ausprägen können. — Was Sieges eintr vom dritten Stand sagte, das trifft jetzt auf die Arbeiterklasse zu: „Sie weiß, was sie will!“ und läßt uns so ermessen, was sie bald „können wird!“

## Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission beschloß in ihrer gestrigen Sitzung die Entscheidung über die Wahl des Abg. Meyer (Kornwalde) noch einmal auszusprechen und weitere Erhebungen über die Wahlgänge in Driesen vornehmen zu lassen. Da die Wahl des Herrn Meyer nur mit geringer Majorität erfolgt ist und in Driesen, wo die Arbeiter eines dortigen großen Establishments bei der Wahl direkt unter Kontrolle gestellt worden sind, wie der betreffende Unternehmer selbst zugegeben hat, so dürfte die Wahlprüfungs-Kommission wahrscheinlich zur Ungültigkeitserklärung kommen.

## Soziale Ueberblick.

Zum Streik der Porzellanmaler in Königszell wird uns geschrieben: Von Interesse dürfte ein Zeugnis sein, welches einem der Streikenden, trotzdem er ein erwerbsfähiges mit dem Vermerk des Amtsvorstandes in Königszell (§ 118 b. Gew.-Ordn.) zurückgeschickt hatte, ausgestellt wurde. Dasselbe lautet:

Zeugnis-Abchrift:

„Herr ... aus ... war bei uns vom 23. Aug. 88 bis heute als Porzellanmaler beschäftigt. Er hat seine Stellung im Verein mit seinen Arbeitsgenossen, um im Wege des Streiktes günstigere Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, am 15. zur Aufgabe am 27. Febr. gekündigt, ist aber von dem unterzeichneten Generaldirektor bereits am 23. d. aus der Arbeit gewiesen, weil er in verschiedenen öffentlichen Blättern unwahre Mittheilungen über die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Fabrik gemacht hat. — Seine Leistung und seine Führung bis dahin haben zu keiner erheblichen Ausstellung Veranlassung gegeben.“

Königszell, 23. Februar 1892.

gez. Mogyit, gez. Poisin.

Dieses Zeugnis entspricht den gesetzlichen Vorschriften wiederum nicht. Der ganze zweite Satz ist durch § 111, Abs. 4 der Gewerbe-Ordnung verboten. Weßhalb ein Arbeiter ordnungsgemäß kündigt, geht den Fabrikanten gar nichts an, und ob die Angaben, welche hier der Gehilfe über die Firma gemacht hat, unwahr sind, das bedarf erst der Feststellung durch den ordentlichen Richter, denn sonst wäre jeder Arbeiter dem Unternehmer schuldlos preisgegeben. Das Zeugnis darf, wenn nicht der Arbeiter dessen Ausdehnung auf seine Führung verlangt, sich überhaupt nur über Art und Dauer der Beschäftigung aussprechen. Verlangt der Arbeiter auch ein Zeugnis über seine Führung, so ist darunter nur sein Verhalten während der Arbeit, nicht auf sein sonstiges privates Verhalten zu verstehen.

1000 Vergarbeiter streiken, wie der „Voss. Zig.“ gemeldet wird, in Hornu (Belgien).

An der Dreikönigsschule in Dresden-Kenstadt streiken die Bildhauer.

Die Bau-Arbeiter Zürichs sind in einer Lohnbewegung.

Zur Tragik des sozialen Elends wird uns — natürlich wieder aus dem Königreich Sachsen, wo die Arbeiterbewegung mit allen möglichen Mitteln niederzuhalten versucht wird — geschrieben: „Vor einiger Zeit beschwerte sich im „Vögl. Volksbl.“ ein Arbeiter aus Unterfachsenberg (Voigtland) darüber, daß er von der Liste der vom Frauenverein unterstützten Nothleidenden gestrichen worden war. Gleichzeitig gab er der Vermuthung Ausdruck, daß die Ursache wohl seine sozialdemokratische Gesinnung sei. Daraus sandte der Herrr Schleppe aus Unterfachsenberg an das „Vögl. Volksblatt“ eine lange Erklärung, in welcher er darzulegen suchte, daß der Mann nicht seiner Gesinnung wegen ausgeschlossen worden sei, sondern weil es noch mehrere Andere gäbe, die der Unterstützung noch viel bedürftiger wären als er. Hören wir nun, wie der um Unterstützung nachsuchende Arbeiter seine Lage schildert. Der Mann soll eine siebenköpfige Familie ernähren. Allein ist ihm dies überhaupt unmöglich, ist auch hier gar nicht Rede; jedes Familienglied wird eben mit zum Schaffen gezwungen. Der Mann sagt, er habe sammt der Thätigkeit seiner ganzen Familie in den letzten zwei Monaten 48 W. verdient, also 14 Hände in einer Woche etwa 6 Mark. Trotz dieses elenden Verdienstes ist der Mann aber von einer Unterstützung ausgeschlossen, weil es noch viel bedürftigere giebt. Wir danken dem Herrn Herrr für diese Heutzutage und werden uns an dieselbe erinnern, wenn die kapitalistische Presse wieder von unerschämten Forderungen der Arbeiter spricht, wenn das Elend der arbeitenden Klasse abgeleugnet und der Nothstand auf Konto der Unwissenheit und Verschwendung der Arbeiter gesetzt wird, wenn die Spatapostel kommen und sagen, der Arbeiter müsse sich etwas erübrigen.“



### Theater.

Sonnabend, den 19. März.  
**Opernhaus.** Freundlich.  
**Schauspielhaus.** Karis.  
**Deutsches Theater.** Der Pfarrer von Kirchfeld.  
**Leipzig-Theater.** Wahrheit.  
**Berliner Theater.** Die Königsbrüder.  
**Keddeny-Theater.** Musotte.  
**Walker-Theater.** Sein bester Freund.  
**Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.** Das Sonntagskind.  
**Thomas-Theater.** Die Hochzeit des Mefistopheles.  
**Sallealliance-Theater.** Onkel Bräutigam.  
**Ostend-Theater.** Berlin im Jahre 2000.  
**Adolph Ernst-Theater.** Der Zangenschel.  
**Fernpalast.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Schwärzer Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Raumann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Konkordia-Palast-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Passage-Panopticum.**  
 Frauengestalten in 7 lebend. Bildern dargestellt von **Berliner Modellen.**  
 Ohne Extra-Entrée.

**Castan's Panopticum**  
 Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.  
 Interessanteste Völkerschaft  
 Jünger-Afrikaner

### Schuli

b. Emin Pascha-Rolch.  
 30 Personen, Männer, Frauen, Kinder.  
 Vorstellungen: 11, 12 u. 1 Uhr Vormittags, — 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr Nachmittags.  
 Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.  
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

**Gratweil'sche Bierhallen**  
 Kommandantenstrasse 77-79.  
 Heute, sowie täglich:

### Gr. Freikonzert.

Anfang Hochentags 7 1/2 Uhr, Sonntag 20 Pf. Entree. Anfang 6 Uhr.  
 Empfehle meinen berühmten Mittags-tisch à la Duval. Diner à 1 Mark. 3 Regelmahlzeiten, 6 Billards, 2 Säle. 1169L

### Gr. Bock-Ausschank

aus der Berliner Bock-Bräuerei.  
 Empfehle nach wie vor mein vergrößertes Lokal, feinst. Billard u. dem verehrten Publikum. Vorwärts, Volks-Tribüne, Volks-Zeitung, sowie andere Zeitungen liegen aus. [1142L]

### M. Berndt,

Oranien- u. Alexandrinerstr.-Ecke.  
**Zum Erbbegräbnis**  
 Urban-Strasse No. 51, ladet alle Freunde und Genossen ein  
**Pfister-Karl.**  
 21068 J. Vertr.

### Für Schützen.

Noch einige Tage sind Doose à 50 Pf. zu dem großen Preis-Schiessens Britzer-Strasse 22 zu haben. Es ladet dazu ein [1908b] Gustav Wächter.

### Parteigenossen und Genossinnen

lade ich zu meinem  
**Bockbierfeste**  
 bei musikalischer Unterhaltung ganz ergebenst ein. 2076L

### Otto Thierbach,

Schwedterstr. 44.  
 Ein größeres Vereinszimmer ist noch einige Tage in der Woche zu vergeben.  
 Jede hiermit alle Genossen u. Freunde heut Sonnabend, 19. März, zur Verlosung eines lebenden Ziegenbocks ein. Max Krenzel, Rixdorf, Zietzenstr. 36.

### Elegante

2047L  
**Einsegnungs-Anzüge**  
 in Jaquet-Façon, blau u. schwarz, in nur guten Stoffen von 15 M. an.  
**Julius Lindenbaum,**  
 Berlin O., Frankfurterstr. 139.

### Circus Renz.

Karlstraße.  
 Sonnabend, den 19. März 1892, Abends 7 1/2 Uhr: **Equestrische Gala-Vorstellung** zum Benefiz für Herrn Franz Renz. Zum 1. Male: Hippologischer Kongress von 36 Vollblutpferden (arabischer, Arabischer, irischer und schottischer Rasse). Diese Nummer enthält sämtliche Freiheitsdresuren des Benefizianten. Neu! Alt-Friedericiansche Quadrille. Neu! Alt-Friedericiansche Quadrille. 4 hohe Schulen zu gleicher Zeit geritten von 4 Damen. Zum 1. Male: Old Jo, komische Szene von den Herren Franks u. O. Godlowsky. Zum Schluß: „Auf Helgoland“, oder: Ebbs und Fluth. Große hydrologische Ausstattungs-Pantomime in 2 Abteilungen von Direktor E. Renz. National-Tänze (85 Damen) etc. Einlage: **Alanen u. Garde-Musaren** etc. Dampf-Schiff- u. Bootfahrten, neue überraschende Licht- und Feuerfeste. 80 Fuss hohe Riesenfontaine.  
 Morgen Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr (1 Kind frei). Auf Verlangen: „Die Touristen“. Abends 7 1/2 Uhr „Auf Helgoland“.  
 E. Renz, Direktor.

**C. Kramer's Restaurant**  
 Rixdorf, Herrmannstraße 140, neben den Kirchhöfen, früher **Hasenhaide.**  
 Empf. sich allen Kirchhofsbesuch.

Donnerstag, den 24. März:  
**Abschieds-Vorstellung.**  
 Nur noch 5 Vorstellungen.

### Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Platz, Ecke Karlstr.  
 Sonnabend, den 19. März 1892, Abends 7 1/2 Uhr: **Große Blomund Komiker-Vorstellung.** Sehr gewähltes urkomisches, neues Programm.  
**Mr. James Fillis,** mit seinem Schulpferd „Markir“. Zum 4. Male:  
**Der Krieg im Zululande.** Große historische Kriegs-Pantomime, arrangiert vom Direktor G. Schumann, ausgeführt von 250 Personen. Sonntag, 20. März, (letzter Sonntag): **2 letzte Sonntags-Vorstellungen.** Nachmittags 3 1/2 Uhr (1 Kind frei) und Abends 7 1/2 Uhr.  
 Montag, den 21. März: **Gr. Gala-Sport-Vorstellung** zum Benefiz für den beliebten Schutzeiter Mr. James Fillis. — Billets zu dieser Vorstellung sind an der Kasse von heute ab zu haben.

**Wo speisen Sie?**  
 In der alt. pommer-schen Küche, Oranienstr. 181, Hof pt. bei Klein! Frühst. 30 Pf., Mittagstisch mit Bier 50 Pf., Abendstisch von 30 bis 50 Pf. nach Auswahl. 1892

Patent in allen Staaten angemeldet. Patent in mehreren Ländern schon erteilt.  
**Kathreiner's Kneipp-Malz-Kaffee**  
 mit Aroma und Geschmack des echten Bohnenkaffees ist der beste, wohlschmeckendste und gesündeste Kaffee-Zusatz, ausserdem im Gebrauch der billigste.  
 Keiner Malz-Kaffee ist ein vorzügliches Getränk besonders für Frauen, Kinder, Glukarmer, Nervenleidende etc.  
**Hauptsache richtige Zubereitung:** die Körner mahlen und mindestens 5 Minuten kochen.  
 Wird niemals lose verkauft, sondern nur in Original-Packeten mit nebenstehender Schutzmarke.  
 Verkaufs-Preis: 45 Pf. 1 Pfd.-Packt, 25 Pf. 1/2 Pfd.-Packt, 10 Pf. Probe-Packt à ca. 100 Gr.  
 Zu beziehen durch die Colonialwaaren- und Drogen-Handlungen.  
**Kathreiner's Malz-Kaffee-Fabriken**  
 Berlin C., Kaiser-Wilhelmstr. 25 — München — Wien.

**G. Scharnow's** anerkannt leistungsfähigste **Uhren-Fabrik**  
 Berlin S., Oranienstr. 152, Ecke Moritzplatz, besteht seit 1860. Anerk. beste Bezugsquelle.  
 Nickel-Remontoir-Uhren von 10-15 M.  
 Silberne Remontoir-Uhren v. 17 M. an  
 Goldene Damen-Uhren v. 20 M. an  
 do. Knecht-Herren-Remontoir-Uhren v. 30 M. an  
 Regulatoren v. 8 M. an  
 do. in poliertem Nussbaum-Gehäuse, ca. 1 Mtr. lang, 14 Tage gehend, v. 14 M. an  
 Meder-Uhren in verschied. Mustern v. 8,50 M. an  
 Für jede bei mir gekaufte Uhr übernehme eine schriftliche Garantie bis zu fünf Jahren. 2077L  
 Bitte genau auf die alte Firma Oranienstr. 152 zu achten.

mit Kontrollmarken aus der Genossenschafts-Hutfabr. zu 3, 3,50, 4, 5, 6 M.  
**Cylinder eigener Fabrikation** zu 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11 u. 12 M., empfiehlt  
**Paul Drenke Nachf.,** Oranienstr. 172.

**Arbeiter! Parteigenossen!**  
 Kauft nur Hüte mit Arbeiter-Kontrollmarken. Großes Lager in Hüten mit Kontrollmarke, Schirmen, Kravatten, Kragen und Mägen.  
**G. Kuhlee,** Waldemarstraße 28.

**Butter- und Käse-Handlung**  
 en gros von en detail  
**P. Schulze.** 2121L  
 I. Geschäft: Jossenerstraße Nr. 43, zwischen Eneisenau- u. Färbringerstraße.  
 II. Geschäft: Markirendplatz, Markthalle X, Stand 105, neu eröffnet.

**Grosse Matinée**  
 am Sonntag, den 20. März 1892, Mittags 11 1/2 Uhr, im Lokale „Königsbank“, Gr. Frankfurterstr. 117, unter gütiger Mitwirkung des Kaiser'schen Männer-Chors und des Jhn'schen Gesangsvereins „Humor“ und anderer Kräfte.  
 Veranstatlet von der **Freien Vereinigung sämtlicher in der Papierindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zum Besten kranker Mitglieder.**  
 Billets à 30 Pf. sind in den Bahnhöfen sowie bei den bekannten Mitgliedern zu haben. Des guten Zweckes wegen steht eine rege Beteiligung zu erwarten. 254/19 **Der Vorstand.**

**Achtung! Möbelpolierer. Achtung!**  
 Die Verbands-Versammlung am Montag, den 21. März, bei Bolzmann, Andreasstr. 26, fällt aus, dafür in demselben Lokal Abends 8 Uhr: **Große öffentliche Versammlung aller Möbelpolierer.**  
 Tagesordnung:  
 1. Berichterstattung des Delegierten vom Gewerkschafts-Kongress. Referent: Robert Weber. 2. Wie stellen sich die Möbelpolierer zu den Beschlüssen desselben? Im Interesse unserer Organisation und der Wichtigkeit der Sache ist es notwendig, daß die Versammlung zahlreich besucht wird. Kollegen, zeigt, daß Ihr Interesse an der modernen Arbeiterbewegung lebt.  
 252/19 **Die Kommission. J. K.: C. Schönicks.**

**Allgemeiner Arbeiterinnen-Verein Berlins und Umgegend.** (Filiale Norden.)  
**Große Versammlung**  
 am Sonntag, den 20. März, Nachmittags 4 1/2 Uhr, in Anselm's Salon, Badstraße Nr. 58.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Herrn Silberberg über: „Die heutige Erziehung unserer Kinder.“ 2. Diskussion. 3. Wahl der Bevollmächtigten und Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes. — Herren und Damen, als Gäste, sind willkommen. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein und Tanz. — Teilerfassung findet statt. [176/12] **Der Vorstand.**

**Gr. öffentliche Tischler-Versammlung**  
 am Montag, den 21. März, Abends 8 1/2 Uhr, im „Böhmischen Brauhaus“, Landsberger Allee Nr. 11-13.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Tischler Berlins und ihre Organisation in der Zukunft. Referent: Karl Bloß-Stuttgart (Vorsitzender des deutschen Tischler-Verbandes). 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Die Kollegen aller Branchen sind der wichtigen Tagesordnung wegen eingeladen. 325/17 **Der Einberufer.**

**Achtung! Former im Norden Berlins!**  
**Oeffentliche Versammlung**  
 am Montag, den 21. März, Abends 8 Uhr, bei Schröder, Müllerstrasse 178 (Weddingpark).  
 Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Kollegen, welche Karten mit mir abzurechnen haben, bitte ich, pünktlich dort zu sein. Former im Norden, seid in dieser Versammlung alle zur Stelle!  
 154/15 **Der Einberufer: W. Paetzol.**

**Arbeiter-Bildungsschule**  
 Sonntag, den 20. März, Abends 6 Uhr:  
**2 grosse Versammlungen.**  
**Süd-Bezirk:** Lindenstr. 106 bei Poppe, Vortrag des Herrn Dr. Gorchardt über: „Die Wirkungen und das Wesen der elektrischen Ströme.“ Diskussion  
**Süd-Ost-Bezirk:** Gratweil'sche Bierhallen, Kommandantenstrasse 77-79. Vortrag des Herrn Lippmann, Lehrer der Arbeiter-Bildungsschule über: „Ist die Zivilisation der Menschheit zum Segen geworden?“ Diskussion. Aufnahme neuer Mitglieder.  
 In beiden Versammlungen nach dem Vortrag Tanz und geselliges Beisammensein.

**Große öffentliche Versammlung der Berufs-Musiker**  
 am Sonntag, den 20. März, Vorm. 11 Uhr, im großen Saale des **Handwerker-Vereins**, Sophienstr. 15, zu der auch ganz besonders die Eltern und Vormünder, welche ihre Söhne resp. Mündel in eine Musiklehre geben wollen oder schon gegeben haben, eingeladen werden.  
 Tagesordnung:  
 1. Die Schäden und Mängel im Lehrlingswesen des Musikberufes. (Referat aus gerichtlichen Akten.) Referenten: Herr Rechtsanwalt Dr. Bonk; Herr J. Bumke, Präs. des Allgem. deutschen Mus.-Verb.; Herr Dachs; Herr Redakteur Laackwitz.  
 2. Diskussion.  
 Der Einberufer. 1892b  
**W. Krüger,** 1. Vorsitzender des Vereins Berliner Musiker, Schlegelstr. 16.

**Oeffentliche Versammlung der Maurer u. Puhler Berlins u. Umgegend**  
 Sonntag, den 20. März 1892, Vormittags 10 1/2 Uhr, in Feuerstein's oberem Saal, Alte Jakobstr. 75.  
 Tagesordnung: 1. Berichterstattung über den Halberstädter Gewerkschafts-Kongress. Referent: Kollege Gastein aus Zwickau. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ersuchen wir sämtliche Kollegen, pünktlich zu erscheinen.  
 Die Vertrauensmänner des Zentralverbandes der Maurer und verw. Berufsgenossen Deutschlands für Berlin.  
 Heinrich Klingenberg, Mittenwalderstr. 33. Bernhard Förster, Lübeckerstr. 43.

**Oeffentliche Versammlung der Kistenmacher mit Frauen**  
 am Sonntag, den 20. März, Abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Wienecke, Alte Jakobstraße Nr. 83.  
 Tages-Ordnung:  
 Vortrag der Frau Fohrlad über: „Volksaberglaube.“ — Nach der Versammlung Tanz. Gäste haben Zutritt. Zur Deckung der Unkosten findet Teilerfassung statt. 190/17

**Freie Volksbühne.**  
 Morgen, Sonntag, den 20. März, Nachmittags 2 Uhr, findet für die zweite Abtheilung (grüne Karten) die Aufführung des **Pfarrers von Kirchfeld** von Angenruber statt. Das Theater wird um 1 Uhr geöffnet und 10 Minuten nach 2 Uhr geschlossen. 1931b **Der Vorstand.**



## Parteigenossen! Arbeiter Berlins!

Am Mittwoch, den 23. März, haben die Wähler der 3. Abteilung, also die Arbeiter, kleinen Handwerker und Beamten im 22. Stadtbezirk an die Wahlurne zu treten, um ihre Stimme für einen Vertreter im städtischen Parlament abzugeben. Die bisherige fortschrittliche Mehrheit im städtischen Verwaltungskörper hat in augenfälliger Weise gezeigt, daß sie für die Interessen unserer Wähler, des arbeitenden und dabei nothleidenden Volkes, kein Verständnis hat, daß ihre Klassenzugehörigkeit ihr einfach verbietet, dem etwa vorhandenen „guten Willen“ die That folgen zu lassen.

Es ist daher unsere unabwendbare Pflicht, wirkliche Vertreter der Arbeit, Klassenbewußte Sozialdemokraten in die Gemeindeverwaltung zu entsenden. Jeder Parteigenosse agitire, wo sich Gelegenheit bietet: in Werstätten, Verkehrslokalen, in Versammlungen und wo er sich sonst befinden mag. Es gilt, durch Wort und Schrift Sämlinge neu auszurüsten, neue Kämpfer für die Reihen der Proletarierbewegung zu gewinnen. Es gilt, am 23. März einen neuen Markstein in der Klassenbewegung der Arbeiter aufzurichten!

Dies erreichen wir, wenn wir, fest geschlossen, dem Kandidaten der Sozialdemokratie,

**Kaufmann Robert Flatoz, Wallner-Theaterstr. 18,**  
zum Siege verhelfen.

Wir bitten Folgendes zu beachten:

Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist in die Gemeindegewählertliste als stimmberechtigt jeder selbständige Preusse einzutragen, welcher das 24. Lebensjahr erreicht hat, wenn er seit einem Jahr Einwohner der Stadt ist, sich im Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen und seine Gemeinde-Abgaben gezahlt hat, auch an Klassensteuer einen Jahresbetrag von 6 M. entrichtet oder doch zur 2. Klassensteuer-Stufe eingeschätzt worden ist.

Als selbständig wird Jeder betrachtet, welcher einen eigenen Hausstand hat, d. h. welcher über einen Wohnraum oder mehrere Wohnräume selbständig verfügt. Als unterstügt wird auch derjenige angesehen, welcher für sich oder seine Familienangehörigen Krankenpflege aus öffentlichen Mitteln durch Aufnahme in ein Krankenhaus empfangen und die dadurch entstandenen Kosten nicht zurückgezahlt hat.

Als Legitimation zur Ausübung des Wahlrechts genügt die seitens des Magistrats jedem Wähler zugestellte „Wahlkarte“.

Die Wählerlisten sind bis zum Wahltag einzusehen bei

**Spießermann, Markstr. 6.**

Der Wahlbezirk umfaßt folgende Straßen:

- Alexanderstr. 1-17, 19-32, 69-71. Blumenstr. 1-34, 51a-76, 83 u. 84. Holzmarktstr. 1-18, 52-55, 58-73. Kaiserstr. 1-48. Große Frankfurterstr. 69. Kleine Frankfurterstr. 1-9, 20-23. Grüner Weg 1-22, 102-126. Zillandstr. 1-11. Markstr. 1-21b, 24-47, 50-54. Wallner-Theaterstr. 1-45. Magazinstraße. Schillingstraße. An der Jannowbrücke. An der Michaelsbrücke, Westseite. Naupachstraße. Die Stadtbahn von Michaelsbrücke, Westseite bis zum südlichen Ufer der Spree bei der Alexanderstraße. Kleine Alexanderstraße. Alexanderplatz, Ostseite der Straße längs der Stadtbahn. Krantstr. 1-12, 16 u. 16a, 47-52, 54a, 55a. Georgenkirchplatz 33 u. 84. Königsgraben 1 u. 20-22. Landbergerstraße 60-67. Brenzlauerstr. 32-32a. Alte Schützenstraße 8-16. Kurzstr. 1-10.

Das Wahlkomitee.  
J. A.: Eduard Frieze.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

197. Sitzung vom 18. März, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Marschall, Lothenburg, Lohmann.

Die dritte Beratung der Krankenkassen-Novelle wird fortgesetzt.

Nach § 75 a ist den eingeschriebenen Hilfsklassen auf ihren Antrag eine amtliche Bescheinigung darüber auszustellen, daß sie vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 genügen. Die Bescheinigung wird ausgestellt: 1. für Klassen, deren Bezirk über die Grenzen eines Bundesstaats nicht hinausreicht, von der Zentralbehörde, 2. für Klassen, deren Bezirk über die Grenzen eines Bundesstaats hinausreicht, von dem Reichstanzler.

Die Abgg. **Hirsch** und **Guttschick** beantragen den Zusatz: „Der Bescheid ist innerhalb 6 Wochen zu erteilen.“ Sie beantragen ferner, zum § 75 a zu beschließen, daß in Gemeinden, in denen weniger als 20 Mitglieder der betreffenden Klasse beschaffen werden, den Mitgliedern an Stelle der Leistung von freiem Arzt und freier Arznei in natura die Hälfte des ortsüblichen Tagelohns gewährt werden kann.

Die Abgg. **Hirsch** und **Guttschick** empfehlen die Annahme des letzteren Antrages, von dessen Annahme die Zustimmung der Freisinnigen zu der Novelle überhaupt abhängig sei.

Abg. **Goldschmidt** (Dr.) bemerkt gegenüber einer früheren Aeußerung des Ministerialdirektors **Lohmann**, daß der Vorstand des Verbandes kaufmännischer Vereine sich in seiner letzten Zusammenkunft in Eisenach keineswegs für die Zwangsversicherung ausgesprochen habe.

Abg. **Hise** erklärt es für außerordentlich schwierig, im Augenblick die Tragweite des Antrages **Hirsch-Guttschick** zu erkennen, will aber für seine Person demselben zustimmen. Er habe die Absicht gehabt, und seine Partei wolle auch jeden Ansehen vermeiden, als ob die eingeschriebenen Hilfsklassen tot gemacht werden sollten. Die Fraktion könne er aber mit dieser Erklärung nicht binden.

Abg. **Möller** muß seine Stellung zu dem Antrag von der Stellungnahme der Regierung abhängig machen. Ein Billigkeitsinteresse sei ja anzuerkennen; aber bei großen Reformwerken werde stets der eine oder der andere nicht ganz zufrieden zu stellen sein und aus vereinigte Organisationen könne dabei nicht besondere Rücksicht genommen werden.

Abg. v. **d. Schulenburg** (Dr.): Wir wollen auch die freien Hilfsklassen keineswegs ruinieren, wir wollen nur, daß sie auf demselben Boden der Verschickung stehen sollen, wie die Zwangs-klassen. Die Schwierigkeiten, welche die Antragsteller für die freien Klassen erleichtern wollen, bestehen in demselben Umfang auch für die Ortsklassen. Wir können zu Gunsten der ersteren hier keine Ausnahme machen und werden den Antrag ablehnen.

Abg. v. **Stumm** lehnt ebenfalls den Antrag ab, der den freien Klassen ein neues Privileg gewähren würde, während man doch gerade mit der Beseitigung der Privilegien dieser Klassen in der Novelle vorgegangen sei. Die freien Hilfsklassen passen überhaupt in den Rahmen der sozialpolitischen Gesetzgebung nicht mehr.

Abg. **Reich** (Soz.): Der Antrag entbehrt einer besonderen Bedeutung, denn durch die gestrigen Beschlüsse ist das Schicksal

der Hilfsklassen bereits besiegelt. Wir werden aber für den Antrag stimmen, um auch an diesem bescheidenen Punkt die Verschlechterungen abzuwenden zu helfen. Näher wird es auf die Dauer doch nichts. Interessant sind die verschiedenen platonischen Liebeserklärungen für die freien Klassen. Auch wenn man die Aeußerungen der beiden Redner nebeneinander stellt, sieht man recht deutlich, wie eigentümlich es mit dieser Liebe bestellt ist. Die Arbeiter werden jedoch ihren Schwerpunkt in die Ortsklassen verlegen, um sich das Maß des Einflusses zu erhalten, das ihnen zukommt.

Abg. **Rath v. Wöbke** erklärt sich gegen den Antrag. Es sei schon an sich nicht zweckmäßig, bei einer einzelnen Klasse die Leistungen und das Maß derselben ganz verschieden festzustellen; die daraus entstehende Ungleichheit werde von den anderen Angehörigen der Klassen durchaus nicht angenehm empfunden werden. Die Schwierigkeiten bestehen für die Angehörigen der Zwangs-klassen hauptsächlich in demselben Umfang. Was mit dem Antrage erreicht werden soll, würde doch nicht erreicht werden.

Abg. v. **Stumm** hält es für so bedenklich, in diesem Stadium der Beratung über einen Antrag zu entscheiden, dessen Tragweite ganz unabschätzbar sei, daß er im Falle der Annahme desselben eventuell gegen das ganze Gesetz stimmen müßte. (Bewegung.)

Abg. **Möller** erklärt nach den Ausführungen des Bundeskommissars den Antrag ablehnen zu müssen.

Abg. **Hirsch** weist darauf hin, daß die freien Klassen die Freizügigkeit sehr viel besser wahren, als die Zwangs-klassen dies zu thun im Stande seien. Ihre Mitglieder blieben statuten-gemäß Mitglieder der Klasse, wenn sie auch von Remel nach Konstanz verziehen. Dieser Umstand rechtfertige doch gewiß eine besondere kleine Rücksicht auf diejenigen Verwaltungsstellen, wo die Vertretung eine Schwache sei.

Abg. **Hise**: Es wirkt nicht sehr empfehlend für den Antrag **Hirsch**, wenn die Herren von seiner Annahme ihre Zustimmung zu dem Gesetz abhängig machen wollen. Wenn aber auch Herr v. **Stumm** mit der Kabinetsfrage kommt, so haben die Herren von der andern Seite doch mehr Recht als Herr v. **Stumm**. Die Novelle macht bezüglich der freien Klassen einen großen Fortschritt in der Richtung des Herrn v. **Stumm**, das Prinzip, das er will, wird von der Novelle anerkannt. Die starke Durchführung des Prinzips scheint mir nun aber nicht zwingend geboten, nachdem wir den freien Klassen neue Lasten durch die Gesetzgebung auferlegt haben. Die großen zentralisierten Klassen können unmöglich die Naturalleistung gewähren. Aus Rücksicht auf den historischen Gang der Dinge und in der Absicht, den freien Klassen nicht das Lebenslicht auszublauen, werde ich für den Antrag stimmen.

Abg. v. **Stumm** kann diesen Standpunkt nicht theilen und ersucht nochmals um Ablehnung des Antrages.

In der Abstimmung wird der Antrag **Hirsch-Guttschick** mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und des Gros des Zentrums angenommen und mit dieser Aenderung der § 75a. Gegen den Antrag stimmen mit der Rechten und den Nationalliberalen auch die Antisemiten und vom Zentrum die Grafen **Ballestrem**, **Droste**, **Chamard**, **Galen**, **Matuschka** und die Herren v. **Schalscha** und v. **Hurne**.

Ohne wesentliche Diskussion werden in der Fassung der zweiten Lesung resp. mit den Aenderungsanträgen der freien Kommission **Guttschick** u. **Gen.** angenommen die §§ 75b, 75c, 75d, 76, 76a, 76b, 76c, 76d, 76e, 76f, 76g, 76h, 76i, 76j, 76k, 76l, 76m, 76n, 76o, 76p, 76q, 76r, 76s, 76t, 76u, 76v, 76w, 76x, 76y, 76z, 77a, 77b, 77c, 77d, 77e, 77f, 77g, 77h, 77i, 77j, 77k, 77l, 77m, 77n, 77o, 77p, 77q, 77r, 77s, 77t, 77u, 77v, 77w, 77x, 77y, 77z, 78a, 78b, 78c, 78d, 78e, 78f, 78g, 78h, 78i, 78j, 78k, 78l, 78m, 78n, 78o, 78p, 78q, 78r, 78s, 78t, 78u, 78v, 78w, 78x, 78y, 78z, 79a, 79b, 79c, 79d, 79e, 79f, 79g, 79h, 79i, 79j, 79k, 79l, 79m, 79n, 79o, 79p, 79q, 79r, 79s, 79t, 79u, 79v, 79w, 79x, 79y, 79z, 80a, 80b, 80c, 80d, 80e, 80f, 80g, 80h, 80i, 80j, 80k, 80l, 80m, 80n, 80o, 80p, 80q, 80r, 80s, 80t, 80u, 80v, 80w, 80x, 80y, 80z, 81a, 81b, 81c, 81d, 81e, 81f, 81g, 81h, 81i, 81j, 81k, 81l, 81m, 81n, 81o, 81p, 81q, 81r, 81s, 81t, 81u, 81v, 81w, 81x, 81y, 81z, 82a, 82b, 82c, 82d, 82e, 82f, 82g, 82h, 82i, 82j, 82k, 82l, 82m, 82n, 82o, 82p, 82q, 82r, 82s, 82t, 82u, 82v, 82w, 82x, 82y, 82z, 83a, 83b, 83c, 83d, 83e, 83f, 83g, 83h, 83i, 83j, 83k, 83l, 83m, 83n, 83o, 83p, 83q, 83r, 83s, 83t, 83u, 83v, 83w, 83x, 83y, 83z, 84a, 84b, 84c, 84d, 84e, 84f, 84g, 84h, 84i, 84j, 84k, 84l, 84m, 84n, 84o, 84p, 84q, 84r, 84s, 84t, 84u, 84v, 84w, 84x, 84y, 84z, 85a, 85b, 85c, 85d, 85e, 85f, 85g, 85h, 85i, 85j, 85k, 85l, 85m, 85n, 85o, 85p, 85q, 85r, 85s, 85t, 85u, 85v, 85w, 85x, 85y, 85z, 86a, 86b, 86c, 86d, 86e, 86f, 86g, 86h, 86i, 86j, 86k, 86l, 86m, 86n, 86o, 86p, 86q, 86r, 86s, 86t, 86u, 86v, 86w, 86x, 86y, 86z, 87a, 87b, 87c, 87d, 87e, 87f, 87g, 87h, 87i, 87j, 87k, 87l, 87m, 87n, 87o, 87p, 87q, 87r, 87s, 87t, 87u, 87v, 87w, 87x, 87y, 87z, 88a, 88b, 88c, 88d, 88e, 88f, 88g, 88h, 88i, 88j, 88k, 88l, 88m, 88n, 88o, 88p, 88q, 88r, 88s, 88t, 88u, 88v, 88w, 88x, 88y, 88z, 89a, 89b, 89c, 89d, 89e, 89f, 89g, 89h, 89i, 89j, 89k, 89l, 89m, 89n, 89o, 89p, 89q, 89r, 89s, 89t, 89u, 89v, 89w, 89x, 89y, 89z, 90a, 90b, 90c, 90d, 90e, 90f, 90g, 90h, 90i, 90j, 90k, 90l, 90m, 90n, 90o, 90p, 90q, 90r, 90s, 90t, 90u, 90v, 90w, 90x, 90y, 90z, 91a, 91b, 91c, 91d, 91e, 91f, 91g, 91h, 91i, 91j, 91k, 91l, 91m, 91n, 91o, 91p, 91q, 91r, 91s, 91t, 91u, 91v, 91w, 91x, 91y, 91z, 92a, 92b, 92c, 92d, 92e, 92f, 92g, 92h, 92i, 92j, 92k, 92l, 92m, 92n, 92o, 92p, 92q, 92r, 92s, 92t, 92u, 92v, 92w, 92x, 92y, 92z, 93a, 93b, 93c, 93d, 93e, 93f, 93g, 93h, 93i, 93j, 93k, 93l, 93m, 93n, 93o, 93p, 93q, 93r, 93s, 93t, 93u, 93v, 93w, 93x, 93y, 93z, 94a, 94b, 94c, 94d, 94e, 94f, 94g, 94h, 94i, 94j, 94k, 94l, 94m, 94n, 94o, 94p, 94q, 94r, 94s, 94t, 94u, 94v, 94w, 94x, 94y, 94z, 95a, 95b, 95c, 95d, 95e, 95f, 95g, 95h, 95i, 95j, 95k, 95l, 95m, 95n, 95o, 95p, 95q, 95r, 95s, 95t, 95u, 95v, 95w, 95x, 95y, 95z, 96a, 96b, 96c, 96d, 96e, 96f, 96g, 96h, 96i, 96j, 96k, 96l, 96m, 96n, 96o, 96p, 96q, 96r, 96s, 96t, 96u, 96v, 96w, 96x, 96y, 96z, 97a, 97b, 97c, 97d, 97e, 97f, 97g, 97h, 97i, 97j, 97k, 97l, 97m, 97n, 97o, 97p, 97q, 97r, 97s, 97t, 97u, 97v, 97w, 97x, 97y, 97z, 98a, 98b, 98c, 98d, 98e, 98f, 98g, 98h, 98i, 98j, 98k, 98l, 98m, 98n, 98o, 98p, 98q, 98r, 98s, 98t, 98u, 98v, 98w, 98x, 98y, 98z, 99a, 99b, 99c, 99d, 99e, 99f, 99g, 99h, 99i, 99j, 99k, 99l, 99m, 99n, 99o, 99p, 99q, 99r, 99s, 99t, 99u, 99v, 99w, 99x, 99y, 99z, 100a, 100b, 100c, 100d, 100e, 100f, 100g, 100h, 100i, 100j, 100k, 100l, 100m, 100n, 100o, 100p, 100q, 100r, 100s, 100t, 100u, 100v, 100w, 100x, 100y, 100z.

Nach Art. 25 der Novelle soll das Gesetz am 1. Januar 1893 in Kraft treten. Die bisherige Ueberschrift des Gesetzes „Gesetz betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter“ wird auf Antrag der Abgg. v. **Strombeck** u. **Gen.** in „Krankenversicherungsgesetz“ abgeändert.

Damit ist die dritte Beratung der Novelle im einzelnen beendet.

Der Abg. **Röbke** hat mit Unterstützung von Mitgliedern aller Fraktionen folgende Resolution zu der Novelle eingebracht:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die geeigneten Maßregeln zu ergreifen, daß mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes auch eine anderweitige Festsetzung der ortsüblichen Tagelöhne in Kraft tritt, sowie periodische Veröffentlichungen der festgesetzten ortsüblichen Tagelöhne von Reichswegen herbeigeführt werden.“

Die Resolution wird nach kurzer Begründung durch den Antragsteller mit großer Mehrheit angenommen. Die Gesamtzustimmung über das Gesetz wird erfolgen, sobald die Zusammenstellung der Beschlüsse dritter Lesung im Druck vorliegt.

Das Haus geht über zu dem Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über die Frage, wer zur Erhebung einer Wahlansetzung berechtigt sei.

Die Kommission hat in ihrer Mehrheit folgenden Antrag angenommen:

„Zur Erhebung einer Wahlansetzung ist jeder zur Reichstagswahl Berechtigte berechtigt.“

Die Abgg. **Gröber**, **Spahn** und **Krebs** schlagen folgende Beschlussefassung vor:

„Zur Erhebung einer Wahlansetzung ist jeder Deutsche berechtigt.“

Abg. **Gröber** befürwortet diesen Antrag. Ein Uebermaß von Wahlansetzungen sei von der Aufstellung dieses Grundgesetzes nicht zu befürchten. Warum sollte man allen passiv aber nicht aktiv Wahlberechtigten, also allen Angehörigen des Militärstandes, dieses Recht verweigern? Jeder im Volke habe ein Interesse, daß hier im Hause nur richtig gewählte Leute sitzen. Jeder Reichstags-Abgeordnete habe nach der Geschäftsordnung das Recht zur Wahlansetzung; diesem Rechte des Vertreters müsse das Recht jedes einzelnen Vertretenen entsprechen. Daß die Frauen nach seinem Antrage kein Wahlansetzungsrecht haben sollen, verheißt sich von selbst.

Abg. **Klemm** (Dr.) vertritt den Standpunkt der Kommission. Die Wahlansetzung sei nur ein Recht der Wähler, denn sie sei ein Korrelat des Wahlrechts. Die sämtlichen Vertretenen hätten wohl ein dringendes Interesse an der ordnungsmäßigen Vornahme der Wahl, aber daraus folge kein Recht der Wahlansetzung.

Abg. **Träger** tritt ebenfalls für die Kommission ein. Wenn man aus der Verfassungsbestimmung, daß die gewählten Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes sind, Schlüsse ziehen wolle, dann müsse man auch den Frauen ein Wahlansetzungsrecht zugestehen. Denn nach dieser Deduktion hätte jede deutsche Frau dasselbe Recht auf jeden Abgeordneten (Heiterkeit), wie jeder deutsche Mann. Die Wähler seien die berufenen Hüter und Schützer des Wahlrechts, dieses politische Recht entscheide auch über die streitige Frage.

Nachdem ein Antrag **Klemm** auf Zurückverweisung der Frage an die Geschäftsordnungs-Kommission gegen die Stimmen der Rechten, der Antrag **Gröber** gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten abgelehnt ist, wird der Kommissionsantrag angenommen.

Es folgen Wahlprüfungen.

Bezüglich der Wahl des Abg. v. **d. Osten** (S. Stettin) wird auf Grund der erfolgten Erhebungen beschlossen, der zukünftigen Staatsamwaltschaft von der Feststellung der ungesetzlichen Ver-

haftung und Mißhandlung von Wahlagitatoren Kenntniß zu geben und ihr zur Erwdgung zu stellen, ob insolge dessen gegen den Bürgermeister **Podlas** in **Idzichow** und den Polizeifergeanten **Woller** daselbst der Thatbestand des § 340 Str.-G.-B. vorliegt.

Die Prüfung der Wahl des Abg. v. **Weyrauch** (S. Kassel) wird durch das inzwischen erfolgte Erlöschen des Mandats für erledigt erklärt. Ältere Beschlüsse des Hauses werden für erledigt erklärt hinsichtlich der Wahlen der Abgg. **Günter** (S. Merseburg), v. **Unruhe-Bornst** (S. Posen), **Hastert** (S. Hannover), v. **Normann** (S. Stettin).

Für gültig erklärt werden die Wahlen der Abg. **Porsch** (S. Breslau), v. **Jagow** (S. Potsdam), **Hermes** (S. Potsdam) **Graf Arnim** (S. Liegnitz).

Bezüglich der Wahl des Abg. v. **Janta-Polczynski** wird beschlossen, den Reichstanzler zu ersuchen, durch Vermittelung der preussischen Regierung den Wahlvorstand **Semmler** zu Luisen wegen Verletzung des Wahlgeheimnisses und Beeinträchtigung der Wahlfreiheit zu rektifizieren.

Zu Anschluß an die Wahl des Abg. **Hänel** (S. Schleswig-Holstein) wird auf Antrag der Wahlprüfungs-Kommission beschlossen, den Reichstanzler zu ersuchen, durch Vermittelung der verbündeten Regierungen Fürsorge zu treffen, daß die bei Prüfung der Wahlen vielfach zur Sprache gebrachten Verstöße gegen die Bestimmungen über die Oeffentlichkeit der Wahlhandlung durch entsprechende Belehrung der Wahlvorsteher in Zukunft verhütet werden.

Die Wahlen der Abgeordneten **Grumbt** (S. Sachsen) und **Jangemeister** (S. Gotha) sind von der Kommission für gültig erklärt worden, obwohl bei beiden Wahlen eine unzulässige Wahlbeeinflussung durch die Kriegervereine festgestellt worden ist.

Die Kommission hatte bei der ersten Prüfung diese Agitation für so erheblich erachtet, daß Erhebung beschlossen wurde. Nach der Erörterung des Ergebnisses dieser Erhebungen aber hat die Kommission die Erheblichkeit dieses Umstandes für das Wahlergebnis nicht mehr anerkannt und mit 7 gegen 5 Stimmen die Wahl für gültig erklärt.

Abg. **Hermes** (Jauer) beantragt Namens der Minorität der Kommission die Ungültigkeit der Wahl **Grumbt**, weil diese Beteiligung der Kriegervereine an der Wahl als ungesetzlich erwiesen sei. Die Mitglieder der Kriegervereine im Wahlkreise seien über 4000 an der Zahl, die Majorität für Herrn **Grumbt** betrage aber nur etwa 200. Die Wahl könne also als gültig nicht angesehen werden.

Abg. **von Hellmann** (Rp.) tritt für den Kommissionsbeschluss ein. Die Agitation der Kriegervereine gegen die Wahl von Sozialdemokraten erklärt Redner für berechtigt. Sozialdemokraten gehörten nicht in die Kriegervereine, die Parteileitung hätte längst selbst sie zum Austritt veranlassen sollen; da sie das nicht thue, müsse man annehmen, daß die Sozialdemokratie sich in den Kriegervereinen festsetzen wolle. Der Aufruf des Vereinsbundes, der den Gegenstand des Angriffs bilde, sei eine hervorragende geistige Waffe im Kampfe gegen die Sozialdemokratie gewesen und den Kriegervereinen gebühre dafür Dank. (Beifall rechts; ironisches Bravo links.)

Abg. **Kner** (Soz.): Der Wahlaufsatz ist in dem in Rede stehenden Wahlkreise mit voller Absicht von den sächsischen Konfessionellen verbreitet worden, weil diese die Deutschfreisinnigen zu den Unsturzparteien rechnen. Jetzt stellen die Herren es immer so dar, als ob dieser Wahlaufsatz sich nur gegen Sozialdemokraten gerichtet habe, nicht aber gegen einen Angehörigen einer anderen Partei, die man ja doch alle zusammen unter dem Namen der Ordnungsparteien zu begreifen pflege. Ueberall, nur eben nicht in Sachsen, wo man die Deutschfreisinnigen zu den Unsturzparteien rechnet. Den Sozialdemokraten gegenüber halten Sie jedes Mittel für recht; aber wenn Sie uns keine Rechte geben, warum legen Sie uns denn Lasten auf, warum nehmen Sie unsere Söhne zu Soldaten und nehmen von uns Steuern? Wenn Sie uns so rechtlos behandeln, so könnten wir auch einmal zu dem gleichen Verhalten kommen, alle Mittel gelten zu lassen; das würde Ihnen aber böse bekommen. Daß man in Sachsen die Deutschfreisinnigen zu den Unsturzparteien rechnet, folgt mit Sicherheit aus dem von dem sächsischen Zentral-Wahlvorstand, **Freiherrn v. Friesen-Rittha**, veröffentlichten offiziellen Flugblatt, das folgenden Wortlaut hat: „Während ein Theil der sächsischen Fortschrittspartei sich in erfreulicher und anerkennenswerther Weise von der Berliner Zentralleitung der deutschfreisinnigen Partei losgesagt und dem zwischen der konservativen und nationalliberalen Partei abgeschlossenen Uebereinkommen gegenseitiger Unterstützung bei den Wahlen beigetreten ist, — hat ein anderer Theil wiederholt sein Zusammengehen mit der Berliner Zentralleitung betont. Letzterer hat, seinem Programm getreu, in mehreren Landtags-Wahlkreisen den Kandidaten der Ordnungsparteien Kandidaten seiner Richtung entgegengesetzt. Auch haben Letztere sich ausdrücklich als außerhalb des Kartells stehend bezeichnet. Wir haben hierbei daran zu erinnern, daß dieser außerhalb des Kartells stehende Flügel der Liberalen Sachsens in einer zu Geheimniß abgehaltenen Versammlung ausdrücklich die Unterstützung der sozialdemokratischen Partei in allen den Kreisen beschlossen hat, in welchen sie selbst keine Aussicht haben, einen der Jübrigen durchzubringen. In logischer Folge hiervon halten wir uns für berechtigt, diese nach ihrer eigenen Erklärung außerhalb des Kartells stehenden Herren in gleiche Linie mit der sozialdemokratischen Unsturzpartei zu stellen. Wir machen deshalb die Herren Wähler in den verschiedenen Kreisen darauf aufmerksam, daß jede für diese außerhalb des Kartells stehenden Kandidaten abgegebene Stimme als eine Unterstützung der Unsturzparteien anzusehen ist, und bitten alle Anhänger der Ordnungsparteien um möglichste Verbreitung dieser auf Thatsachen gestützten Anschauung. Ein festes Zusammenhalten aller Anhänger der Ordnungsparteien erscheint diesen auf Störung der Wahlen und Unterstützung der Unsturzparteien gerichteten Bestrebungen gegenüber um so dringender geboten.“ Dieser Erklärung gegenüber bewundere ich nur den Muth, mit dem diese Thatsache immer wieder abgelehnt wird.

Abg. **Baumbach** (Altenburg) nimmt als Generalinspektor der altenburgischen Kriegervereine und derer des Fürstenthums **Reuß a. L.** die Kriegervereine gegen den Vorwurf, als ob sie unzulässige politische Agitation trieben, in Schutz. Wollte man den Kriegervereinen verbieten, ihre politische Auffassung geltend zu machen, so möge man das Wahlrecht ändern. Redner bittet an den Beschlüssen der Kommission festzuhalten.

Abg. **Nicker**: Die Frage des Wahlrechts gehört absolut nicht herher. Wir kämpfen gar nicht gegen die Kriegervereine, sondern nur gegen ihre unerlaubte Thätigkeit. Wenn diese privilegierten Vereine ihre Statuten verletzen dadurch, daß sie Politik treiben, während sie ihnen verboten ist, so haben wir das zurückzuweisen. Herr von **Hellmann** hat heute die politische Wahl-agitation der Kriegervereine für berechtigt erklärt; sprach er das Namens der Mehrheit des Hauses aus? Ich würde mich sehr wundern, wenn die frühere Majorität plötzlich Herrn von **Hellmann** als ihren Beauftragten anerkennen wollte. Diefelbe Wahlprüfungs-Kommission hat mit 7 gegen 5 Stimmen jetzt abgelehnt, die

Agitation der Kriegervereine gegen die Wahl von Sozialdemokraten erklärt Redner für berechtigt. Sozialdemokraten gehörten nicht in die Kriegervereine, die Parteileitung hätte längst selbst sie zum Austritt veranlassen sollen; da sie das nicht thue, müsse man annehmen, daß die Sozialdemokratie sich in den Kriegervereinen festsetzen wolle. Der Aufruf des Vereinsbundes, der den Gegenstand des Angriffs bilde, sei eine hervorragende geistige Waffe im Kampfe gegen die Sozialdemokratie gewesen und den Kriegervereinen gebühre dafür Dank. (Beifall rechts; ironisches Bravo links.)

Der Abg. **Röbke** hat mit Unterstützung von Mitgliedern aller Fraktionen folgende Resolution zu der Novelle eingebracht: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die geeigneten Maßregeln zu ergreifen, daß mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes auch eine anderweitige Festsetzung der ortsüblichen Tagelöhne in Kraft tritt, sowie periodische Veröffentlichungen der festgesetzten ortsüblichen Tagelöhne von Reichswegen herbeigeführt werden.“ Die Resolution wird nach kurzer Begründung durch den Antragsteller mit großer Mehrheit angenommen. Die Gesamtzustimmung über das Gesetz wird erfolgen, sobald die Zusammenstellung der Beschlüsse dritter Lesung im Druck vorliegt. Das Haus geht über zu dem Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über die Frage, wer zur Erhebung einer Wahlansetzung berechtigt sei. Die Kommission hat in ihrer Mehrheit folgenden Antrag angenommen: „Zur Erhebung einer Wahlansetzung ist jeder zur Reichstagswahl Berechtigte berechtigt.“ Die Abgg. **Gröber**, **Spahn** und **Krebs** schlagen folgende Beschlussefassung vor: „Zur Erhebung einer Wahlansetzung ist jeder Deutsche berechtigt.“ Abg. **Gröber** befürwortet diesen Antrag. Ein Uebermaß von Wahlansetzungen sei von der Aufstellung dieses Grundgesetzes nicht zu befürchten. Warum sollte man allen passiv aber nicht aktiv Wahlberechtigten, also allen Angehörigen des Militärstandes, dieses Recht verweigern? Jeder im Volke habe ein Interesse, daß hier im Hause nur richtig gewählte Leute sitzen. Jeder Reichstags-Abgeordnete habe nach der Geschäftsordnung das Recht zur Wahlansetzung; diesem Rechte des Vertreters müsse das Recht jedes einzelnen Vertretenen entsprechen. Daß die Frauen nach seinem Antrage kein Wahlansetzungsrecht haben sollen, verheißt sich von selbst. Abg. **Klemm** (Dr.) vertritt den Standpunkt der Kommission. Die Wahlansetzung sei nur ein Recht der Wähler, denn sie sei ein Korrelat des Wahlrechts. Die sämtlichen Vertretenen hätten wohl ein dringendes Interesse an der ordnungsmäßigen Vornahme der Wahl, aber daraus folge kein Recht der Wahlansetzung. Abg. **Träger** tritt ebenfalls für die Kommission ein. Wenn man aus der Verfassungsbestimmung, daß die gewählten Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes sind, Schlüsse ziehen wolle, dann müsse man auch den Frauen ein Wahlansetzungsrecht zugestehen. Denn nach dieser Deduktion hätte jede deutsche Frau dasselbe Recht auf jeden Abgeordneten (Heiterkeit), wie jeder deutsche Mann. Die Wähler seien die berufenen Hüter und Schützer des Wahlrechts, dieses politische Recht entscheide auch über die streitige Frage. Nachdem ein Antrag **Klemm** auf Zurückverweisung der Frage an die Geschäftsordnungs-Kommission gegen die Stimmen der Rechten, der Antrag **Gröber** gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten abgelehnt ist, wird der Kommissionsantrag angenommen. Es folgen Wahlprüfungen. Bezüglich der Wahl des Abg. v. **d. Osten** (S. Stettin) wird auf Grund der erfolgten Erhebungen beschlossen, der zukünftigen Staatsamwaltschaft von der Feststellung der ungesetzlichen Ver-

haftung und Mißhandlung von Wahlagitatoren Kenntniß zu geben und ihr zur Erwdgung zu stellen, ob insolge dessen gegen den Bürgermeister **Podlas** in **Idzichow** und den Polizeifergeanten **Woller** daselbst der Thatbestand des § 340 Str.-G.-B. vorliegt. Die Prüfung der Wahl des Abg. v. **Weyrauch** (S. Kassel) wird durch das inzwischen erfolgte Erlöschen des Mandats für erledigt erklärt. Ältere Beschlüsse des Hauses werden für erledigt erklärt hinsichtlich der Wahlen der Abgg. **Günter** (S. Merseburg), v. **Unruhe-Bornst** (S. Posen), **Hastert** (S. Hannover), v. **Normann** (S. Stettin). Für gültig erklärt werden die Wahlen der Abg. **Porsch** (S. Breslau), v. **Jagow** (S. Potsdam), **Hermes** (S. Potsdam) **Graf Arnim** (S. Liegnitz). Bezüglich der Wahl des Abg. v. **Janta-Polczynski** wird beschlossen, den Reichstanzler zu ersuchen, durch Vermittelung der preussischen Regierung den Wahlvorstand **Semmler** zu Luisen wegen Verletzung des Wahlgeheimnisses und Beeinträchtigung der Wahlfreiheit zu rektifizieren. Zu Anschluß an die Wahl des Abg. **Hänel** (S. Schleswig-Holstein) wird auf Antrag der Wahlprüfungs-Kommission beschlossen, den Reichstanzler zu ersuchen, durch Vermittelung der verbündeten Regierungen Fürsorge zu treffen, daß die bei Prüfung der Wahlen vielfach zur Sprache gebrachten Verstöße gegen die Bestimmungen über die Oeffentlichkeit der Wahlhandlung durch



Erheblichkeit jener Beeinflussungen anzuerkennen und ist sich damit selber untreu geworden. Wenn Sie heute die Wahlagitator der Kriegervereine als berechtigt anerkennen, während sie ihnen im Statut verboten ist, dann tragen Sie eine Erbitterung in die Bevölkerung hinein, deren Früchte die Sozialdemokratie ernten wird. (Lachen rechts.) Das es in dieser Hinsicht in Sachen nicht zum Besten steht, dafür haben Sie doch in diesen Tagen erst einen schlagenden Beweis erhalten.

Abg. Schneider-Damm bestreitet, daß das unzulässige Eintreten der Kriegervereine einen derartigen Einfluß auf das Wahlergebnis habe, um die Wahl als ungültig erscheinen zu lassen.

Abg. Fröhen-Koblenz: Das Zentrum hält es in keiner Weise für wünschenswert, daß die Kriegervereine Politik treiben. Wir haben auch anerkannt, daß nach den Statuten dieser Vereine Wahlagitator zu treiben nicht als zulässig zu erachten ist. In der Frage aber, ob damit ein Einfluß auf das Wahlergebnis ausgeübt wird, ist das Zentrum geteilter Meinung. Ich persönlich halte die Kriegervereine für Privatvereine; jedenfalls sind ihre Privilegien nur sehr geringwertiger Art. Ich werde für die Gültigkeit der Wahl stimmen.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Abg. Weber (Soz.): Nur der Umstand, daß das Zentrum jetzt in dieser Frage geteilter Meinung ist, wird schuld daran sein, wenn die Kommission heute im Hause eine Mehrheit findet. Früher war die Stellung des ganzen Zentrums zu dieser Frage unheimlich einfach und die Entscheidung desgleichen. Das Zentrum aber hat, wie in so manchem andern, auch in dieser Frage in neuerer Zeit für angezogen gehalten, alte Auffassungen aufzugeben. Wir haben zu protestieren gegen die Behauptungen der Herren v. Hellmann, Baumbach und Schneider, welche entweder geradezu die Agitation der Kriegervereine für berechtigt erklären, wenn sie sich gegen uns richtet, und ihr keine Bedeutung für die Frage der Beeinflussung beimessen. Der bloße Umstand, daß die Angehörigen der Kriegervereine in diesem Wahlkreise 4982 an der Zahl sind, genügt, die Stärke der Beeinflussung nachzuweisen. Ich bin durchaus der Meinung, daß meine Parteigenossen in Kriegervereine nicht eintreten sollen. Aus diesem Gesichtspunkt aber haben wir umso mehr das Recht, zu verlangen, daß die Kriegervereine keine Agitation treiben dürfen.

Abg. Gröber (Z.): Früher hat man hier von keiner Seite ein Recht der Kriegervereine auf Agitation anerkannt, das hat erst heute Herr v. Hellmann getan. Wir billigen auch nicht die Agitation derselben gegen die Sozialdemokraten. Die Agitation der Kriegervereine zu Gunsten des gewählten Kandidaten geht mir so weit, daß ich eines Beweises dafür, wie weit der Einfluß derselben gereicht hat, nicht mehr bedarf. Das Zusammengehen der Kriegervereine zum Zweck politischer Agitation ist nicht nur eine Statuten-, sondern eine Gesetzwidrigkeit. Ich werde für die Ratifizierung der Wahl stimmen.

Die Wahl wird mit geringer Mehrheit für gültig erklärt. Für die Ungültigkeit stimmt nur ein kleiner Theil des Zentrums, mit derselben Mehrheit wird die Wahl des Abg. Jangemeister für gültig erklärt.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. Dritte Lesung des Telegraphen-Gesetzes, Gesamtabstimmung über die Krankenkassen-Novelle, zweite Lesung des G.-G. über die Verhältnisse mit beschränkter Gastung.

## Lokales.

Am Ruhesitz der Todten, da pflegt es still zu sein — dieses alte Wort Wlbrands bewahrheitete sich auch gestern Morgen, als wir den Friedhof der Märzgefallenen besuchten. Schon von weitem von der Landbergerstraße sah man auf dem Landbergerplatz reges Treiben; Deputationen von Vereinen und Gewerkschaften eilten mit prachtvoll geschmückten Kränzen herbei, um den Tribut ihrer Verehrung den für die Freiheit gestorbenen Soldaten auf die einsamen Gräber zu legen.

Dicht gedrängte Gruppen standen auf dem Landbergerplatz; Händler, welche die auf rothem Papier gedruckte „Volkskribüne“ und den in demselben Gewande erschienenen „Sozialist“ feilboten, hatten fast die ganze Pflanzung des Platzes eingenommen, und zwischen ihnen hindurch eilten die Besucher, um an Gräber der Gefallenen einen Augenblick zu verweilen. Gegen 9 Uhr war die Polizei nur schwach vertreten; drei oder vier Schuppleute, die darauf hielten, daß das Publikum sich in Reihen zu bilden rangirte, machten die Ankömmlinge in durchaus höflicher Weise auf die Nothwendigkeit dieser Anordnung aufmerksam. Die Stimmung war eine ernste und der Bedeutung des Tages durchaus angemessene. Als wir den Kirchhof betraten, waren bereits gegen hundert Kränze niedergelegt. Bei dem Durchgang bemerkten wir folgende Spender von Kränzen:

Arbeiter von Ludwig Löwe aus Martindensfelde — den Kranz der Berliner Gesamtpartei — der in der Musik-Instrumentenbranche beschäftigten Arbeiter — der Mühlenarbeiter — der Holzgerber — der Berliner Stadtverordneten — der Tischlererei von Wolter — Nauchklub „Ohne Zwang“ — „Süd-Ost“ — „Südwest“ — „Diegen“ — „Südwest“ — „Rehr Licht“ — „Kürschner Berlin“ — Agitationsklub „Kassale“ — 4. Wahlkreis — die an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter — Berliner Brauergesellen — Holz- und Bretterträger — „Vereinte Kraft“ — Lumpenproletariat — 6. Wahlkreis — Verein „Hoffnung“ — Fachverein der Weißgerber — Arbeiter der Maschinenfabrik Rörger — Fachverein der Knopfabriker — Allgemeinen Arbeiterinnen-Verein — Wahlverein Charlottenburg — Nauchklub Treff — Fachv. der Tischler — Nauchklub Reymalwoge — Gutmacher Berlin — Glaser-Gesellschaft — Freie Vereinigung der Kaufleute — Arbeiter der Fabrik von Großhans — Arbeiter von Ludwig Löwe, Holmannstraße — Niddorfer Parteigenossen — Arbeiter der Holz-Geleisfabrik-Gesellschaft — Distriktklub Hofenklever — „Südwest“ — Nauchklub „Kassale“ — Nauchklub Kernspitz — Arbeiter Berlin und Umgebung — Klub „Zum Licht“ — Berliner Metallarbeiter-Verband — Arbeiter der Schardt'schen Fabrik — Zimmerer-Verband — Bund der Gesellen Vereine — Hoch die Anarchie — Berliner Volks-Tribüne — Verein der Politischen Sozialisten Berlin — Kaufleute Berlin — Schmiede Berlin — Tabakarbeiter — Drechsler Berlin — II. Wahlkreis — I. Wahlkreis — Arbeiter der Schwarztopf'schen Fabrik — Verein der unabhängigen Sozialisten Berlin — Gummlarbeiter — Agitationsklub für den Osten — Freie Vereinigung der in der Wäschebranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen — Genossen vom Winterfeldplatz — Geselliger Klub Bergheimnisch — Personal von Maurer und Dimmig — Arbeiter der königlichen Fabriken in Spandau — Rordmacher Berlin — Gesamtpersonal des „Vorwärts“ — Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands — Organisirte Schuhmacher — Buchdrucker — Freie Vereinigung der Barbier und Friseur — Genossen von Weipensee — Genossen von Adlershof.

Auch mehrere deutschschreibende Vereine hatten Kränze niedergelegt — allerdings mit schwarz-roth-goldener Schleife. Die Stütze der deutschschreibenden Partei Berlin, der Verein „Waldeck“ hatte es, soviel wir ermitteln konnten, vorgezogen, durch Abwesenheit zu glänzen. Wahrscheinlich hatte Niemand aus dem Vorstande den Muth gehabt, einen Kranz niederzulegen und da die Berliner Dienstleute bekanntlich rothe Mützen tragen, hätte auf den jähnen Verein leicht ein revolutionärer Schatten fallen können.

Solange unser Berichterstatter an Ort und Stelle war, konnte über die Haltung der Polizei nicht gellagt werden. Im Laufe des Nachmittags scheinen unerhebliche Störungen vorgekommen zu sein, welche die Polizei zu rücksichtslosem Ein-

schreiten veranlaßten. In bürgerlichen Blättern lesen wir, daß eine Frau sistirt werden sollte und daß hierbei Versuche zur Befreiung der Arrestantin gemacht worden sein sollen. Wir selbst konnten über die Veranlassung des polizeilichen Vorgehens Bestimmtes nicht ermitteln, sind aber mit unseren sämtlichen Gewährsleuten der Ansicht, daß das Benehmen namentlich der jungen Polizei-Offiziere ein in hohem Grade unpassendes war. Ohne jede sichtbare Veranlassung wurden Passanten von Schuppleuten niedergeschlagen und mit Säbelhieben traktirt, sodas sich zeitweise eine hochgradige Erregtheit des Publikums bemächtigte. Das es nicht zu größeren Ausschreitungen kam, ist einfach der musterhaften Haltung der Berliner Arbeiter zu danken.

Wir lassen hier zur Illustration des eben Gesagten zwei Berichte von durchaus glaubwürdigen Leuten folgen, die uns im Laufe des gestrigen Nachmittags zugetragen wurden.

Von einem Augenzeugen wird uns also berichtet:

Ich bin augenblicklich arbeitslos und besuchte gestern Vormittag meine Mutter, die am Landbergerplatz im dritten Stock eine Wohnung inne hat. Gegen 1 Uhr Mittags bemerkte ich vom Fenster aus, daß vor einem Neubau Maurer, die ihre Mittagspause daselbst abhielten, in barscher Weise von einem Polizeiwachmeister aufgefordert wurden, den Platz vor dem Neubau zu räumen. Die Maurer begaben sich in den Neubau und sahen aus dem ersten Stockwerk auf die Straße. Bei diesem Vorgang sammelte sich begreiflicher Weise eine ziemliche Menschenmenge an, die von den Schuppleuten jetzt in einer Weise die Friedbergerstraße bis zur Friedrichsbergerstraße hinabgetrieben wurde, die thatsächlich jeder Beschreibung spottet.

Ich sah, daß Leute, die nichts gethan hatten, ohne Weiteres von verdächtigen Gefalten, die alle mit Gummischnüren ausgerüstet waren, niedergeschlagen wurden; ein Arbeiter, der mit der Kaffeekanne in der Hand sich zur Arbeit begeben wollte und den Straßendam übersehrt, wurde von einem Polizeileutnant mit dem gezogenen Säbel niedergebunden und dann noch von mehreren Schuppleuten ebenfalls mit der blanken Waffe traktirt. Ich sah, daß Frauen und Kinder von den Gummischnurstrichen einfach niedergeschnitten wurden; meine Schwestern, die in der Stadt in Geschäften thätig sind, konnten vor Aufregung gestern ihrer Arbeit nicht nachgehen. Wahrhaftig, wer ein solches Stück preussisch-deutscher Kultur mit eigenen Augen gesehen hat, der ist von derselben für alle Zeiten kurirt.

Zwei andere Besucher des Friedrichshains melden uns:

Gegen 6 1/2 Uhr machte die Polizei einen Vorstoß auf das Publikum, welches sich ansah, den Friedrichshain in durchaus ruhiger Weise zu verlassen, weil der Kirchhof geschlossen wurde. Das Publikum wurde in die Nebenstraßen gedrängt und hier in der rücksichtslosesten Weise die Trottoirs entlang getrieben. Wir befanden uns in der Straußbergerstraße. Hier hielt an einer Ecke ein berittener Schuppleute, dessen Pferd, wie es schien, einen Mann gestoßen haben mußte. Der Mann wandte sich um, um dem Schuppleute eine Vermerkung zu machen. In demselben Augenblick stürzten sich vier oder fünf Fuß-Schuppleute auf den Wehrlosen, warfen ihn nieder und bearbeiteten ihn in der unmenschlichsten Weise mit ihren Seitengewehren. Diese vier Schuppleute betrugten sich wie die Wüthertiere, sie schlugen harmlose Passanten nieder, mekelten mit den Säbeln nieder, was ihnen vor die Klinge kam, und wenn irgend etwas bewundernswürdig war, so war es die grandiose Ruhe des arbeitenden Volkes, welches sich in den Straßen befand. Allerdinge ertönten auch einzelne Schreie der Wuth über das provokatorische Benehmen der Polizeimänner — aber auch diese genigten nicht, um, soweit wir sehen konnten, das Publikum zum Widerstand der Nothzeiten zu verleiten, wir waren froh, als wir die Kirchstraße erreicht hatten, wo endlich die Mißhandlungen aufhörten. Wie man für ein derartiges Benehmen den Beamten noch besondere Prämien bezahlen kann, ist uns geradezu unerklärlich.

Im Anschluß hieran lassen wir die Mittheilungen folgen,

die uns aus den gestern stattgehabten Versammlungen zugehen: Der sozialdemokratische Wahlverein für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis hatte sich ungewöhnlich zahlreich in den „Arminhallen“ versammelt. Genosse Theodor Glocke sprach unter rauschendem Beifall über die Bedeutung des Tages. Um die Wirkung des Vortrages nicht abzuschwächen, wurde von der Diskussion allseitig Abstand genommen. Die Anwesenden ehrten das Gedächtniß der vor 44 Jahren für die Freiheit in den Tod gegangenen Helden durch Erheben von den Sitzen und gingen dann in weisevoller Stimmung auseinander.

Im zweiten sozialdemokratischen Wahlkreis sprach Genosse Fritz Zubeil über die Bedeutung des 18. März. Redner wies kurz auf die bürgerlich-freie Bewegung hin, die am Ende der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts über Europa zuckte. Die Freiheit zu wahren, war die Bourgeoisie aber nicht im Stande; will die Arbeiterschaft sie erringen, so muß sie selbst und ohne auf eine andere Klasse zu bauen, sich die Freiheit erkämpfen. Ist uns der 18. März eine feste Mahnung, unserm Ziele unablässig zuzustreben, so wird er sich in so blutiger Weise wie 1848 hoffentlich nicht wiederholen. Wir kämpfen friedlich, allein bewaffnet mit der Fackel der Aufklärung der Wissenschaft; nicht zum zweiten Male werden die Arbeiter sich dazu gebrauchen lassen, einer anderen Klasse die Kastration aus dem Feuer zu holen. Wir werden stetig vorwärts schreiten, bis wir unser Ziel erreicht haben und die neue, die sozialistische Gesellschaftsform errichtet ist. Wenn es dann nicht mehr in Deutschland gefällig, der kann ja den Staub von seinen Füßen schütteln. Durch lebhaften Beifall gab die stark besuchte Versammlung ihr Einverständnis mit den Worten des Redners zu erkennen. Nach kurzer Diskussion und einigen Mittheilungen des Vorsitzenden schloß Letzterer die Versammlung, die unter brausendem Hoch auf die Sozialdemokratie auseinanderging.

Die unter großem Andrang in Klein's Restaurant stattgehabte öffentliche Versammlung hörte mit tiefem Ernst den Vortrage des Genossen Antrick, der ein vortrefflich orientirtes Bild der 1848er Revolution und des 1871er Pariser Kommunefalles gab und auch nicht verfehlte auf die großen Irrthümer, die bei diesen Bewegungen gemacht wurden, besonders hinzuweisen, zum Schluß die eindringliche Warnung an die Anwesenden richtend, sich vor Unüberlegtheiten zu hüten, die unsere große Bewegung — welche schon in natürlichen Lauf der Dinge ihrer Verwirklichung mit Hineschritten entgegengeht — nur zurückwerfen würden. Stürmischer Beifall und ein begeistert aufgenommenes Hoch auf die Sozialdemokratie folgte den Ausführungen des Redners.

Die Volksversammlung für den 4. Wahlkreis, welche im Böhmischen Brauhaus abgehalten wurde, war von gegen 2000 Personen besucht. Es sprach hier Genosse Dr. Bruno Schönland über den 18. März in seiner Doppelbedeutung als Gedenktag der Ereignisse von 1848 und 1871. In zündender Weise führte der Vortragende die Geschehnisse der bewegten 1848er Zeit vor Augen, nachweisend, daß das Volk zu den Kämpfen gedrängt worden ist, schilderte die Straßenkämpfe und feierte das Andenken der für die Rechte des Volkes Gefallenen. Heute trauern nur die Sozialdemokratie an deren Gräbern mit dem festen Vorfasse, das zu erfüllen, was jene nicht auszuführen vermochten, zu erringen Freiheit und Recht. (Stürmischer Beifall.) Redner führte weiter vor Augen, daß die damaligen Kämpfe verloren gehen mußten, weil die zielbewusste Arbeiterklasse fehlte, wie sie heute zu so mächtiger Entfaltung gelangt ist. Das moderne Proletariat und die Macht desselben wachse immer mehr, je mehr es sich seiner Kraft bewußt werde, je mehr die moderne Arbeiterbewegung überall Wurzeln schlage und es werde die Erbchaft der Bourgeoisie, welche in Deutschland wie in Frankreich aus Furcht vor dem Proletariate die Freiheit verfaulen und verkauft habe,

antreten. In gleich anschaulicher Weise schilderte der Vortragende die Vorgänge in Frankreich im Jahre 1871, den 18. März als den Geburtsdag der Pariser Kommune feierend, ging dann auf deren Kämpfe ein und die heldenmüthigen Opfer, die zu Tausenden hingemetelt wurden, als die demüthigen Vertreter des Proletariats. Wenn auch beide Revolutionen, 1848 und 1871, gescheitert seien, spurlos seien sie nicht vorübergegangen, sie hätten Samen ausgestreut, der kräftig ausgehe. Die große sozialökonomische Revolution, welche die bürgerliche Gesellschaft beseitige und an deren Stelle die sozialistische setzen werde, sei schon da; wir lebten und webten mitten in ihr, wenn sie auch nicht durch Straßenkämpfe und Putsch sich äußere, sondern in dem wirtschaftlichen und politischen Zerfall der heutigen Gesellschaft. Als dritten Gedenktag feierte der Vortragende den 18. März in der Beziehung, daß an diesem Tage des Jahres 1890 Fürst Bismarck — gehen mußte (lebhafter Beifall) und schloß unter brausendem Beifalle der Versammlung mit der Mahnung, auf demselben getraden Wege wie bisher unbeirrt dem großen Ziele zuzustreben. In der Diskussion nahm, das Lebhafteste begründet, Reichstags-Abgeordneter Singer das Wort, um seinerseits ebenfalls die für die Freiheit des Volkes gefallenen Vorkämpfer zu ehren und die Gedanken der Hörer auf den internationalen Arbeiterkongreß in Paris zu lenken, als der Verkörperung des Einheitsgedankens des internationalen Proletariats, ferner die Blicke zu lenken auf den 1. Mai, diesen internationalen Arbeiterfeiertag, der eine Verkörperung der Forderungen des Proletariats darstellen soll, der sich den großen Gedenktagen als Tag der Hoffnung zugesellt habe, der Hoffnung auf Erfüllung dieser Forderungen, welche erkämpft werden und für welche bis zum letzten Hauch einzutreten alle bereit sein müssen. Für dasselbe Ziel, das wir erstreben, hätten die Märzgefallenen gekämpft, wenn ihnen dies Ziel auch noch nicht so klar war wie uns. Dies Ziel zu erreichen, habe sich die Sozialdemokratie zur Aufgabe gestellt und dieselbe werde kämpfen rastlos, bis es erreicht sei. (Stürmischer Beifall.) Nach einem zündenden Schlussworte des Referenten wählte die Versammlung eine Kommission zur Vorbereitung der Maifeier, welche aus den Genossen Friedrich, Otto, Schentscher, Gellings, Franke, Schulze, Jabel, Bengels, Baumgarten, Rottke, Lehmann und Loh besteht. Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

In Charlottenburg tagte gestern ebenfalls eine öffentliche Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins, die sich mit der Bedeutung des 18. März befaßte. Es waren etwa 150 Genossen versammelt, welche aufmerksam den Darlegungen des Referenten Genossen Kunkel lauschten. Derselbe schilderte die Umstände, welche die 48er Revolution zeitigten, um dann auf die ökonomische und politische Entwicklung in Deutschland nach 1848 näher einzugehen. Zum Schluß seiner Ausführungen äußerte Redner: Die heutige Arbeiterschaft ehre jene Kämpfer für die bürgerliche Freiheit, welche letztere in gewissem Grade ja auch ihr zu Gute komme, am besten dadurch, daß sie, soweit sie klassenbewußt sei, neue Kämpfer für den Sozialismus, für die endgiltige Befreiung der Unterdrückten werbe. Begeistert stimmte die Versammlung durch ihren Beifall dem Referenten bei. Sie nahm dann einstimmig folgende Resolution an: „Die Versammlung gedenkt der am 18. März 1848 gefallenen Vorkämpfer für die Befreiung der gesellschaftlichen Zustände und verpflichtet sich, mit allen Kräften für die Erreichung der sozialdemokratischen Ziele einzutreten“. Daraus wurde Genosse Beyer zum ersten Vorsitzenden des Wahlvereins gewählt und dann beschlossen, die Regelung der Maifeierlichkeiten der Öffentlichkeit zu überlassen. Hierauf schilderte Genosse Schulze seine Berliner Erlebnisse vom Nachmittag, scharf das Vorgehen der Schuppleute und Geheimpolisten verurtheilend. Dazu äußerten sich noch einige Genossen im selben Sinne. Das Andenken der Todten auf dem Friedhof im Friedrichshain ehrte die Versammlung dann durch Erheben von den Sitzen und stimmte schließlich einhellig einer Resolution zu, welche die Handlungen der Behörden bei den früheren Straßenkämpfen und bei der Maifeier mißbilligt.

Damit schließen wir unsern Bericht. Die Arbeiterschaft Berlins hat bewiesen, daß der Heldenmuth derer, die für die Volkssache in den Tod gegangen, unvergleichbar in ihrem Herzen eingegraben steht, während das Bürgerthum im Tanz um das goldene Kalb auch des letzten Restes seiner ehemaligen Ideale, selbst der Ehrung der Kämpfer, die für bürgerliche Interessen gefallen sind, sich frivol ent schlagen hat.

Einen 18. März hat es nach der Berliner liberalen Presse niemals gegeben, jedenfalls nicht im Jahre 1848. Die „Volks-Zeitung“ und die „Berliner Zeitung“ beileitartikeln zwar denselben, doch werden diese Blätter höchstens als Tirailleurs unter liberaler Flagge anerkannt. Nach dem konservativ-antidemokratischen „Reichsboten“ soll es allerdings einen 18. März gegeben haben, doch sollen sich die Berliner dessen schämen. Die „Tante“ „Bog“ hat vollständig die Erinnerung an denselben verloren, Eugen Richter dagegen erinnert sich desselben, aber nur um gegen ihn seinen schmerzlichen Weiser loszulassen. Höchst ausführlich aber bringt er seine Rede im Abgeordnetenhaus für den Dombau in Berlin. Was er an der Bewilligung der zehn Millionen auszusagen hat, sind nur formelle Bedenken, wie die, ob sich die Bewilligung mit unseren Finanzverhältnissen verträgt, ob nicht noch Nachforderungen kommen, ob der Landtag über den Bau mitzureden haben wird, wer als Bauher des Domes anzusehen sei, ob es nicht richtiger gewesen wäre, wenn der Kaiser oder König, oder die betreffende Hofstelle den Dombau als Bauher selbst in die Hand nähme und sich nur den Zuschuß von 10 Millionen vom Landtage bewilligen ließe. Sonst hat der fromme Eugen Richter nichts gegen den Dombau einzuwenden; er stellt selbst seiner Rede das Zeugnis aus, daß sie von Anfang bis zu Ende auch von dem rechtgläubigsten evangelischen Geistlichen hätte gehalten werden können; wenn seine kalkulatorischen Einwände nur berücksichtigt werden, bleibt ihm jede prinzipielle Opposition gegen von oben erhobene Wünsche fern.

Wir machen es der liberalen und freisinnigen Presse nicht zum Vorwurf, daß sie sich des 18. März schämt. Diese Scham ist eben noch ein Rest von Ehre. Diese selbst überwunden zu haben, daß kann sich nur ein Eugen Richter rühmen, der den 18. März nur erwähnt, um auf die ihn Beläuernden seinen Roth abzuwaten.

Von Genossinnen wird uns mitgetheilt, daß, als dieselben gestern in die Blumenhandlung von Bernicke, Kunst- und Handeldgärtnerei, Ecke der Landberger- und Friedbergerstraßen mit der Absicht, den Einkauf eines Kranzes für die Märzgefallenen zu besorgen, wurde ihnen der Bescheid, daß das Geschäft für derartige Zwecke überhaupt keine Kränze habe. Es wäre gut, wenn festgestellt werden könnte, ob überhaupt für Genossinnen und Genossen auch für andere Gelegenheiten Blumen und Kränze verkauft werden.

Ein Mitglied des Krankenkassen-Vereins „Zukunft“ schreibt uns: Ich bin jetzt zwei Jahr Mitglied dieser Kasse und habe regelmäßig laut Statuten meine Beiträge mit 2,80 M. per Monat bezahlt. Im Krankheitsfalle soll pro Tag 3 M. bezahlt werden. Am 23. Februar erkrankte ich. Am 12. März erst war ich soweit wieder hergestellt, daß ich wieder arbeiten konnte. Ich glaube natürlich, daß mir die Kasse die Beiträge anstandslos auszahlen würde. Es kam aber anders. Für die ersten fünf Tage vom 23. bis 27. Februar erhielt ich, was mir zumal (drei Mark täglich). Die zweite Woche (28. 2. bis 5. 3.) gab's schon weniger, statt 21 M. (der Sonntag wird mitgerechnet) bekam ich nur 11,40 M., in der dritten Woche gab's nur noch 9,60 Mark. Meine Reklamation wurde kurzer Hand abgewiesen, ich könne mich beschweren, wenn ich Lust hätte, bezahlt würde nicht mehr. Ich bin nun der Ansicht, daß der Verein „Zukunft“ unter solchen Umständen seinen Zweck nur „vollkommen“ erfüllt.







# Grosse Versammlung für Frauen u. Männer

Sonntag, den 20. März, Nachm. 4 Uhr, bei Fuchs, Badstr. 58.  
Tagesordnung:  
Die Entwicklung des Kapitals. Referent Paul Zeitmann.  
Nachdem gemütliches Beisammensein.  
133/20 Der Einberufer.

# Oeffentliche Versammlung für Frauen u. Männer

zu Gunsten der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung  
am Sonntag, den 20. März, Abends 6 Uhr,  
in „Gratweil's Bierhallen“, Kommandantenstraße Nr. 77-79.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über: „Egoismus und Sozialismus.“ Referent Herr  
H. Hindermann. 2. Diskussion. — Geselliges Beisammensein mit  
Canz. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein  
Der Einberufer.

# Oeffentliche Versammlung der Bildhauer

am Sonntag, den 20. März d. J., Vormittags 10 Uhr, im Lokale  
des Herrn Keffner, Annenstraße 16.  
Tagesordnung: Bericht unseres Delegierten Kollege Heine aus Hamburg  
vom Halberstädter Gewerkschaftskongress. 147/7  
Die Kommission der Bildhauer.

# Große öffentliche Versammlung sämtl. Glasarbeiter Berlins und Umg.

am Sonntag, den 20. März, Vormittags 9 1/2 Uhr,  
im „Dresdener Garten“, Dresdenerstrasse No. 45.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Ch. Mehner über Gewerkschaftsorganisation.  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Um pünktliches Erscheinen ersucht  
1942b Der Einberufer: H. Zentel.



## Preis-Verzeichniß von Carl Stier Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe 168 Oranienstrasse 168.

Ich empfehle zu nachstehenden sehr billigen Preisen:

A. Anzüge.		Mark
Jacket-Anzug von melirtem und carrirtem Buckskin, schöne Muster		17,50
Jacket-Anzug von melirtem Forster Cheviot, schöne helle Farben		20,-
Jacket-Anzug von dunklem Velour, carrirt oder gestreift		22,50
Jacket-Anzug von gewirntem Cheviot, schöne helle und melirte Muster		25,-
Jacket-Anzug von feinem carrirten u. melirten Cheviot		28,-
Jacket-Anzug von blau Cheviot, eleganter Promenaden-Anzug		30,-
Jacket-Anzug von feinem gewirntem Stoff, sehr haltbar		33,-
Jacket-Anzug von Velour, sehr haltbar, mit seidener Borde, in ganz neuen Mustern		33,-
Jacket- oder Rock-Anzug von Velour, mit seid. Borde, schöne dunkle Muster, kräftige Waare		36,-
Jacket-Anzug von Gottbuscher Cheviot, in echt englischen Mustern, sehr dauerhafter und eleganter Promenaden-Anzug		39,-
Jacket-Anzug von feinstem dunkelblauen Cheviot, ein- oder zweireihig		42,-
Jacket-Anzug von dunkler Velour, mit seidener Borde, prima		45,-
Jacket- oder Rock-Anzug von imitirtem Kammgarn, haltbar und elegant, seidene Borde		30,-
Jacket- oder Rock-Anzug von gemustertem Kammgarn, elegant, Anzug		36,-
Jacket- oder Rock-Anzug v. einfarb. Kammgarn, feiner Salon-Anzug		36,-
Jacket- oder Rock-Anzug von gemustertem Nachener Kammgarn, eleganter Promenaden-Anzug, Neuheit		42,-
Jacket-Anzug von gemustertem Nachener Kammgarn, Neuheit, sehr fein		45,-
Jacket- oder Rock-Anzug von ff. Nachener Kammgarn, hochfeiner Salon- und Promenaden-Anzug		48,- und 54,-
Jacket- oder Rock-Anzug von blau Diagonal		25,- und 35,-
Schrock-Anzüge in Kammgarn od. Tuch, sehr elegant		36, 40, 45 bis 54,-
B. Hosen.		Mark
Hose von gewirntem Buckskin in melirten Mustern		5,50
Hose von gewirntem Forster Cheviot, schöne Melangen		4,50 und 5,-
Hose von Gladbacher Zwirnbuckskin, schöne gestreifte Muster in haltbaren Stoffen		5,-
Hose von Gladbacher Kammgarn, schöne Streifen		4,50 und 6,-
Hose von Forster Zwirn-Cheviot, elegante haltbare Stoffe		7,50
Hose von Velour in kräftig gestreifter Waare, hell oder dunkel		6,-
Hose von Velour in sehr kräftiger Waare, gestreift oder gemustert		7,50
Hose von schwarzem Satin		9,- und 10,50
Hose von Kammgarn mit Seide, hochfeine neue Muster		9,50
Hose von Velour, prima		12,-
Hose von Gottbuscher Zwirn, Neuheit, sehr elegant und fest		11,-
Hose von Gottbuscher Cheviot		12,-
Hose von Nachener Kammgarn, sehr elegant		12,- und 10,-
Hose von prima Kammgarn, hochfein		20,- bis 15,-
C. Paletots.		Mark
Eleganter Paletot von hellem und dunklem Cheviot		15,-
Eleganter Paletot von hellem Cheviot		18,- und 20,-
Eleganter Paletot von Satin, alle Farben		24,-
Feiner Kammgarn-Paletot in allen Modelfarben		30,-
Feiner Diagonal-Paletot, sehr schöne Farben		30,-
Hochfeiner Kammgarn-Paletot in bestem Serge- od. Seidenfutter		42 u. 36,-
Schwaloffs in feinen melirten Mustern		40, 36 und 25,-
Muster mit kurzer Peterine		40, 36 und 27,-
D. Westen.		Mark
Weisse Westen von 2,50 Mk. an. — Seidene Westen in allen Qualitäten von 2,50 bis 12 Mk.		
E. Knaben-Anzüge.		Mark

In Knaben-Anzügen halte ich stets eine sehr große Auswahl der neuesten Stoffe und Façons und empfehle dieselben schon von 4 Mk. an.  
Einschnungs- und Barschen-Anzüge sind in reicher Auswahl zu billigen Preisen vorhanden.  
F. Diverse.  
Nebenbei empfehle ich noch Schlafrocke in Velour, Double etc. von 10 Mk. an. Joppen in Duffel oder Loden von 7,50 Mk. an. Gehrocke, Fracks, Hohenollernmäntel, einzelne Jackets, Hansjackets etc. etc.  
Mein Stofflager ist stets mit allen Neuheiten der Saison auf das Reichhaltigste ausgestattet, und werden Bestellungen nach Maß sehr schnell ausgeführt. Für guten Sitz und tadellose Ausführung übernehme ich jede Garantie, und wird Nichtpassendes anstandslos zurückgenommen.  
Feste Preise. 1922b  
An Sonn- und christlichen Feiertagen von 2 Uhr an geschlossen.

# KRONENGARN. KRONENGARN.

# Gutfabrik Wilhelm Böhm.

1. Geschäft: Blücherstr. 11, vis-à-vis der Kreuzkirche.  
2. Geschäft: Dresdenerstr. 123, zwischen Oranienplatz und Kottbuscher Thor.  
Sämtliche Hüte mit Kontrollmarken. Großes Lager in Schirmen und Filzschuhen. 2112L.

Genossen! Führe nur Hüte mit der echten Arbeiter-Kontrollmarke, welche von der Kommission herausgegeben ist, daher nicht theilweise, sondern mein ganzes Lager damit versehen ist. Schuhmarke Nr. 1590. Woll-, Filz-, Strohh- und Glindehüte von 3 Mark bis zu den feinsten. Schirme und Spazierstöcke. 2142L.

Adolph Kehr, 126, Köpenickerstr. Sonntag, den 1. Mai geschlossen. Köpenickerstr. 126.

Deutsch. Reich u. Anald. Patent angem.  
**Brav's Patent-Kassen-Schutz.**  
Gewährt absolute Sicherheit gegen unbefugtes Öffnen, Eingreifen und Verändern der Kasse. In jedem Fabrikat leicht anzubringen.  
Preis für Berlin Mk. 16 inkl. Anmachen. Preis für auswärt's Mk. 16 franko mit Anleitung.  
Erfinder und Fabrikant: H. Brav, Berlin S., Sebastianstraße 72.

**Jede Uhr**  
zu reparieren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur 1 Mk. 50 Pfg. (außer Bruch), keine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 Mk. an. Neue silb. Cylinder-Remontoirs, 6 Steine, 14-Karat Gold v. 24 Mk. an. Gold und Silber in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen.  
**E. Rotherth & Stolz,** 1. Geschäft: Andreasstr. 62. 2. Chausseestr. 73. 3. Chausseestr. 34. Uhrmacher.

# Vorläufige Anzeige!

Anfang April erscheint im Verlag des Unterzeichneten eine Sammlung höchst origineller Vorträge unter dem Titel:

# Der Koupletsänger und Deklamator,

nebst einer Anleitung „Wie soll man vortragen“, sowie einem Anhang „Verschiedene Gesellschaftsspiele“.  
84 Seiten. Preis 50 Pfg. gebunden.  
Wiederverkäufer Rabatt!

Zum Vortrag für die bevorstehende Reisezeit besonders geeignet: „Mai-Kouplet“, „Der Zeitgeist“, „Insektentanz“ etc. etc. Einzelbestellungen ist der Betrag in Briefmarken beizufügen. Im Partievertrag auf 5 Stück 1 Freigemaltes oder 33 1/3 pCt. Rabatt. Versandt gegen Kasse oder Nachnahme. 2089L. Bestellung erbitte baldmöglichst.

# Conrad Müller, Schkenditz.

# J. Semmel, prakt. Zahn-Arzt,

Oranienstr. 55, Moritzplatz. Eyr. 9-1, 3-5. In der Poliklinik für Unbemittelte 8-9 Vm., 1-3, 5-6 Nachm. (künstl. Zähne 2 Mark).

**Martin Klein,** 1476L. Uhrmacher.  
25 Neue Hochstr. 25  
empfiehlt sein Lager aller Arten Wand- und Taschen-Uhren.  
Reparaturen zu soliden Preisen.

**Rohtabak A. Goldschmidt,** Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich Größte Auswahl. Garantiert sicher brennende Tabake. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.  
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Hade'schen Markt. 2089L.

**Südosten.**  
Zur bevorstehenden Saison empfehle mein großes Lager von 21082 mit Kontrollmarken zu billigen, festen Preisen.

**Hüten**  
H. J. Stoboy, Oranienpl. 170, zwischen Oranienpl. u. Adalbertstraße.

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir zu reparieren (außer Bruch) 1,50 Mk. Kleine Reparaturen entsprechend billiger.  
**Uhren, Gold- u. Silberwaaren**  
C. Wunsch, Hauptstr. 38, n. d. Oranienplatz.

Marken u. quittieren von **Partei-Beiträgen**  
empfiehlt allen Genossen die Quittungsmarken und Kautschuk-Stempelfabrik von **Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig.**  
Preisliste gratis und franko.

**Künstliche Zähne 2 Mark.**  
Plomben von 1,50 Mk. an. Schmerzloses Zahnziehen 1 M. Sprechstunden 8-7 Uhr. Zahnarzt **Robert Wolf,** Chausseestr. 123, am Oranienb. Thor.

**Bettfedern**  
vollständig kaufbar, mit vorzüglicher Füllkraft, à Pfd. 50 Pfg. bis zu den feinsten Qualitäten. Daunen von 2 bis 5 Mark. Komplette Betten in großer Auswahl enorm billig. 2089L.  
N. Lehmann, Köpnickestraße 25 a.

**Mehlhandlung.**  
Offertiere billigt alle Sorten Vogelfutter: Amselweizen à Pfd. 1,40 Mk. Weiz. Schinken ausgeg. à Pfd. 1,20 Mk. Billig f. Futter 1,20 Mk. Fett- und Rager-Speck 60 Pfg. ff. Thür. u. Braunschweig. Fleischwaaren, Eier à Pfd. 50 und 65 Pfg.  
**M. W. Walter,** Zeughofstr. 3. 1895L.

**Alle Uhren**  
werden sauber und sorgfältig repariert unter Garantie des Gutgehens für **1,50 Mark** (außer Bruch) bei **W. Winkler,** Berlin N., Reinickendorferstr. 2 g. gegenüber der Dankel-Kirche. 25L. Lager aller Arten Uhren, Uhrketten

**Schuhe und Stiefel**  
mit Kontrollmarke empfiehlt **G. Jerbe,** Ritterstraße 114, nahe der Färberstraße.

**Schuhe u. Stiefel** m. Kontrollmarke empfiehlt **A. Anders,** Gerichtstr. 82. 2144L.

**Schuhe u. Stiefel** mit Kontrollmarke empfiehlt **F. Janke,** Langestr. 90. 1934b

**Schuhe u. Stiefel** mit Kontrollmarke empfiehlt **J. Schulte,** Pflückerstr. 14. 1925b

**Alte Stiefel** für Herren, Damen und Kinder reell und billig **Stallschreiberstr. 6.** 1916b

Es gratulieren **Joseph Schwanitz** zu seinem 40. Geburtstag 1916b  
**Trebtor Neßlum, Traube Neße.**

**Todes-Anzeige.**  
Am Dienstag, den 15. März, verschied nach kurzem Leiden unser werther Genosse **Richard Maun.**  
Die Beerdigung findet Sonntag, den 20. d. M., Nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Rigdorfer Kirchhofes statt. Sammelplatz um 1/2 1/4 Uhr bei Hoffmann, Bergstr.  
Um recht zahlreiche Theilnahme ersucht  
1926b  
Der Vorstand des Vereins der unabhängigen Sozialisten für Rigdorf u. Umg.

**Orts-Krankenkasse d. Stein-drucker und Lithographen.**  
Am 16. d. M. er. verstarb unser Mitglied, der Invalide 1926b  
**Herr Wilhelm Lincke.**  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. d., Nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des katholischen Kirchhofes, Tiefenstraße, aus, statt.  
Um zahlreiche Theilnahme bittet  
Der Vorstand.

**Todesanzeige.**  
Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß am vergangenen Dienstag mein lieber Mann, unser guter Vater, der Zeitungsspediteur **Louis Bauer** nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, Nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause, Bergstraße 196, aus statt. Um hülles Beileid bitten  
Rigdorf, den 18. März 1892.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Knopfarbeiter.**  
Sonntag, 20. März, Vorm. 10 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
bei **Säger, Grüner Weg Nr. 29.**  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Herrn Dr. Pinn über: „Aus alter und neuer Zeit.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
191/18 Der Vorstand.

**Bereinigung der Drechsler und Berufsg. Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Montag, 21. März, Abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
bei **Kessner, Annenstraße 16.**  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Herrn Dr. R. Wolf über Hygiene des Mundes. 2. Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes. 3. Wahl der Ortsverwaltungs-Beamten. 4. Abrechnung von der stattgehabten Matinee und dem Maskenball. 5. Verschiedenes. 198/11  
Kammacher, Eisenbein- und Stod-arbeiter sind besonders eingeladen.  
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

**Achtung!**  
**Gürtler, Dreher!**  
Allen Kollegen zur Nachricht, daß der Streit bei Krüger, Artilleriestraße Nr. 23, unverändert fortbauert. Jeder zielbewusste Arbeiter wird uns in diesem Kampfe unterstützen. 1896b

**Möbel, Spiegel und C. Tausendfreund,**  
Fehrbelliner-Strasse No. 78, nahe Weinbergsweg. 2086L.  
Solide Arbeit. Billigste Preise.  
Wegen Fabrikauslösung billigt zu verkaufen Kreislage, Decouplage, Drehbänke, Hobelbänke nebst Werkzeug u. s. w., auch Regale, Tische u. s. w. Rogge, Oranienstr. 37. 5063M

Ein älteres Grüntraumgeschäft m. Rolle sof. zu verkaufen, eventuell übernehme Wohnung, Stromstr. 33. 1896b

Staare 2 M., Singlerchen 1,50 M., rolhe Dompaffen 3 M., alle Arten Baldbögel billig, Gedauer 2,50 M. 21432  
**Schnelle, Stalherstr. 102.**

**Kind- und Schweinefleischerei**  
von **Wilhelm Schulz,** Alexan- drinenstr. 81, empfiehlt sich den Genossen zur gefl. Beachtung. 2080b

**Schuhe und Stiefel**  
mit Kontrollmarke empfiehlt 1893L  
**C. Nitschke,** Kasanien-Allee 66.  
Glottsch. Schlächterei, f. 15 Jahr. besteh., mit vollst. Einrichtung, ist wegen Todesfall für 400 Mk. zu verk. 926b  
Stallschreiberstr. 6 (Schuhmacher Laden).



## Allgemeiner deutscher Gewerkschaftskongress.

### Fünfte Sitzung.

Fortsetzung der Diskussion über den Organisationsentwurf. Der Eintritt in die Tagesordnung giebt der Vorsitzende wieder eine Reihe von Zuschriften und Telegrammen bekannt und werden folgende Resolutionen verlesen, welche mit zur Diskussion stehen. Vorstand und Ausschuss des Verbandes deutscher Müller und verm. Perusgenossen ersuchen den Kongress, einen Beschluss dahin zu fassen, daß durch die Reorganisation dafür Sorge getragen wird, daß erstens alle Gewerkschaften, welche noch nicht organisiert sind, zu einer Organisation herangezogen werden; zweitens denjenigen Gewerkschaften (z. B. Müllern, Bäckern, Fleischern, Bierbrauereien), welche durch die Eigenartigkeit ihres Berufes noch an ungewohnter Arbeitszeit und sonstigen krassen Missetänden auf Schlimmste zu leiden haben, bei etwa ausbrechenden Streiks die größte Sympathie gewährt wird und man sich in jeder Weise solidarisch mit ihnen erklärt und sie materiell und moralisch unterstützt. Wenn es gelänge, den Arbeitern der Mülerei-Industrie eine bessere wirtschaftliche Lage zu schaffen, so wäre für die Landagitation viel gewonnen. — Die Kellner Berlins ersuchen, weil die Gastwirthschaftsgehilfen aus eigener Kraft kaum im Stande sein werden, ihre soziale Lage zu verbessern, die Delegirten, ihre Gewerkschaften zu bestimmen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die Kellner aus ihrer schlechten Lage befreit werden, und dort, wo sie Einfluß haben, die Wirthe veranlassen, Konzessionen an ihre Kellner zu machen. Ferner sollen in allen größeren Industrie-Orten gemäß dem Vorschlage der Berliner Streit-Kontrollkommission Gewerkschaftsartelle gebildet werden.

Der Verein der Kellner Hamburgs wünscht, daß die Vertrauensmänner der organisierten Gewerkschaften in kürzester Zeit dafür sorgen, daß in allen Städten, wo es möglich ist, Kellnervereine gegründet werden. Hierüber sei dem nächsten Kongress Bericht zu erstatten. — Der Zentralverband der Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter Deutschlands erklärt sich im Allgemeinen mit dem Organisationsentwurf der Generalkommission einverstanden, muß aber einem einheitlich normierten Beitragsjahre entgegenstehen.

Hierauf erhielt Böblin-Berlin das Wort. Redner glaubt, daß durch Heranziehung der Politik in die Gewerkschaftsbewegung diese nicht gefördert würde. Die Ansicht Weggers bezüglich der Beiträge stehe mit der verschiedenen seiner Berufsgenossen im Widerspruch. Die Gewerkschaftsorganisation müsse als dem zunächst Erreichbaren dienend gebührend Berücksichtigung finden. Der Hinweis auf den Buchdruckerstreik sei hinfällig, wenn damit bewiesen werden sollte, daß auch mit starkgefüllten Kassen nichts zu erreichen sei; an der Niederlage der Buchdrucker, wie der Streiks anderer Berufe, seien die wirtschaftlichen Verhältnisse Schuld. Er glaubt, daß durch den Entwurf der Generalkommission eine Einigung erzielt werden kann, und wünscht, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der gewerkschaftlichen Bewegung mehr als bisher Rechnung trage.

Casteln-Zwickau: Durch die sächsischen Vereinigungsgehe wird der Anschluß an die Zentralisation zwar erschwert, aber doch nicht unmöglich gemacht. Nicht alle Organisationen erfüllen ihre Pflicht. Mit Fahnen und anderem Kladder können die Arbeiter nicht herangebildet werden. Redner bezweifelt die Wichtigkeit der Zahlen bezüglich der Lokalorganisation der Maurer Berlins und polemisiert gegen Blaurock. Ferner erklärt er, daß in den Berufen der Dämäl befreit werden müsse, bevor eine einzige Vereinigung entstehen könne.

Wolter-Berlin: Die Form der Organisation sei wohl Jedem bekannt, er glaube nicht, daß die Metallarbeiter mit ihrer Organisation das Nichtigste getroffen haben, ebensowenig könne die lokale Organisation als die rechte Form bezeichnet werden. Die Arbeiterschaft erwarte von dem Kongress, daß er etwas Bestimmtes schaffe, sich positiv über die Form ausspreche. Wir müssen uns freiwillig einer Disziplin unterwerfen. Die geeignete Form für die Organisation sei in der Resolution des Zimmererverbandes enthalten, welche zur Umbildung der Antonen Kartellverträge der verwandten Gewerbe fordert und die Generalkommission beibehält.

Odenthal-Möln verlangt für die Organisationen mit Vertrauensmännern die gleichen Rechte wie für die Zentralisationen. Die Organisation könne nur Mittel zum Zwecke sein, wir könnten nicht allein auf gewerblichem Gebiete unsere Lage verbessern, das hätten die großen Streiks gelehrt. Es müsse die Möglichkeit geboten werden, in den gewerkschaftlichen Organisationen Politik treiben zu können, und dazu sei die Lokalorganisation notwendig.

Hennig-Breslau: Die Zentralisation ist nicht die allein seligmachende Form der Organisation; gerade in Berlin, wo die Lokalorganisationen vorherrschen, ist die Sammlung für den Reichsverband am ergiebigsten ausgefallen. Das Vertrauensmänner-System ist weiter auszubilden und die Arbeitersekretariate sind als Mittelpunkt desselben zu betrachten. Der Vorschlag bezüglich des Abschusses von Kartellverträgen ist annehmbar, auch die einheitliche Agitation ist zu empfehlen. Gegen die Gründung so vieler Fachzeitungen muß der Kongress Stellung nehmen.

Dietrich-Hamburg: Die Resolution der Metallarbeiter enthält eine Ungerechtfertigkeit gegen die übrigen Zentralisationen der Metallarbeiter, die nicht auf dem Boden des deutschen Metallarbeiter-Verbandes stehen. Er halte die zweite Resolution der Generalkommission für die rechte Form der Organisation.

Heino-Hamburg: Man müsse jede Organisationsform anerkennen und es der Selbstkenntnis der Mitglieder überlassen, sich die beste Form auszuwählen. Auch die Organisation der Metallarbeiter ist nicht überall durchführbar.

Hacke-Hamburg: Im Prinzip muß man den Industrieverband anstreben. Es müssen sich alle Organisationen den Majoritätsbeschlüssen fügen und die Hilfsarbeiter sich jenen Organisationen anschließen, denen sie am nächsten stehen.

Kretschmar-Hamburg empfiehlt die zweite Resolution der Generalkommission, welche allen Verhältnissen Rechnung trägt. Die Zentralisation der Arbeiter sei unter allen Umständen erforderlich, wenn die Organisationen leistungsfähig werden wollen.

Hilmer-Hamburg erklärt sich für die zweite Resolution der Generalkommission und polemisiert gegen die Organisationsform des Metallarbeiter-Verbandes. Die Minorität müsse sich der Majorität fügen, wenn etwas Großes geschaffen werden soll. Das Vertrauensmänner-System bringt nur Disharmonie in die Organisationen; die maßgebende Organisation muß die Fachzentralisation werden.

Fehmerling-Hamburg: Der Nürnberger Resolution gebührt volle Anerkennung. Derselbe berücksichtigt alle Verhältnisse und bietet die Möglichkeit, leistungsfähige Organisationen zu schaffen. Durch die Berufszentralisation wird der Kartellgeist gebrochen. Ein großes Gewerkschaftsblatt für eine ganze Industrie-Gruppe leistet mehr als ein Duzend Blättchen. Wenn die Nürnberger Resolution nicht angenommen werden sollte, müge man sich für Industrieverbände aussprechen.

Dobler-Hamburg: Die gesamten Maler stehen auf dem Standpunkt der Berufszentralisation. Die Maler auf den Schiffs-

werten würden sich niemals den Metallarbeiter-Verband anschließen. Wir müssen hohe Beiträge erheben, um leistungsfähiger zu werden.

Grenz-Chemnitz: Das Schwerkgewicht des Kongresses darf nicht in die Spezialkongresse verlegt werden, die Engländer sind nicht nach dem Vorbild des Metallarbeiter-Verbandes organisiert, bei den Metallarbeitern ist das Organ das Hindernis der Einigung. Die beste Organisationsform ist die in der zweiten Resolution der Generalkommission vorgeschlagene.

Meier-Hamburg: Bis jetzt wurde bei der Organisation nur auf die großen Städte Rücksicht genommen. Berlin steht auf dem Standpunkt: wer nicht mit uns fortschreiten kann, mag in's Irgehen. Der Tapezierverein ist bereit, durch Kartellverträge ein Uebereinkommen mit verwandten Berufen zu treffen.

Saube-Magdeburg: Durch die Zentralisation kann auch Aufklärung unter die Arbeiter gebracht werden. Wir sind noch nicht soweit, um der Nürnberger Resolution zustimmen zu können, auch der Metallarbeiter-Verband hat durch Errichtung von Fachsektionen dem Kartellgeist Rechnung getragen. Die verschiedenen Organisationen der Metallarbeiter können durch keinen Beschluss wegdefretirt werden.

Käppler-Altenburg: Die Arbeiter der Nahrungsmittel-Industrie können die Beiträge nicht aufbringen, welche notwendig sind, um die Organisationsform der Generalkommission zur Durchföhrung zu bringen. Es muß eine Bestimmung getroffen werden, welche auch den Arbeitern dieser Branche den Anschluß ermöglicht.

Schalbruch-Solingen: Die Lokalorganisationen müssen als gleichberechtigt anerkannt werden. Der Solinger Lokalverband ist notwendig, um die vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen der Solinger Arbeiter zu erhalten. Er hat seine Lebensfähigkeit beim Streik der Federweiser-Schleifer bewiesen, welcher 20 Wochen dauerte und 33 000 M. kostete, die ganz allein in Solingen aufgebracht wurden.

Beschlossen wird, nunmehr die Generaldiskussion zu verlegen, die Referenten der verschiedenen Organisationsformen zur Beleuchtung der erhobenen Einwände noch 10 Minuten reden zu lassen und Nachmittags die Spezialkongresse abzuhalten.

Legien wendet sich besonders gegen die von Vertretern lokaler Organisationen erhobenen Einwände und hebt hervor, daß die Aufklärung der Arbeiter Sache der politischen Bewegung sei, daß die gewerkschaftliche Bewegung lediglich das Ziel erstrebe, die Lebenshaltung der Arbeiter zu erhöhen, sie widerstandsfähiger zu machen. Die Vertreter der Lokalorganisationen blieben auf diesem Kongress allgemein die Friedensschalmei, verlangten Toleranz. Auf welcher Seite war aber bisher die gehässige Kampfmethode geführt worden? Es waren die Lokalorganisationen, welche die Zentralisationen in nichts weniger als anständiger Weise beschwerten. Auch auf dem Kongress sei wieder von verkommenen Organisationen geredet worden und trotzdem — Friedensengel! Die Gewerkschaften müßten versuchen, ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, sei es begrifflich, wie Wegger von einer verberblichen Tendenz der hohen Beiträge reden könne, er möchte diese Stellung Weggers besonders festnageln. Bezüglich der Industrieverbände hätte er manche Einwendungen zu erheben, wozu er jedoch durch die kurz bemessene Redezeit verhindert sei.

Segitz-Fürth: Prinzipielle Einwendungen gegen die von dem Verbands der Metallarbeiter vorgeschlagene Resolution sind nicht erhoben worden, die Wegger derselben halten größtentheils nur den Zeitpunkt für diese Industrieverbände verfrüht. Jedenfalls beweist die Existenz des Metallarbeiterverbandes, daß diese Organisationsform für die Metallarbeiter möglich ist. Von den Vertretern der Lokalorganisationen, welche glauben, auf dem vorgeschrittenen Standpunkte zu stehen, werde das System der Vertrauensmänner empfohlen, eine dem Geiste der Lokalorganisation widersprechende autoritäre Einrichtung, welche den Einzelnen große Befugnisse einräumt und deshalb nicht zu empfehlen ist. Glaube man ohne Zentralisation durchzukommen, so können man sich eben nur auf das Solidaritätsgefühl der Massen stützen, das dieses aber schon so entwickelt sei, daß festgesetzte Arbeiterorganisationen überflüssig sind, bestreite er. Das Beispiel der Parteiorganisation sei für die gewerkschaftliche Bewegung nicht maßgebend. Von allen Seiten werde jetzt Toleranz gepredigt, auch dem Metallarbeiter-Verband sei empfohlen worden, gegen die Bruderorganisationen Toleranz zu üben. Die heute als Vertreter des Verbandes hier seien, haben solche immer geübt, auf der anderen Seite wurde der Krieg begonnen. Die Vertreter des Verbandes seien zum weitgehendsten Entgegenkommen bereit und hofften, eine Verständigung zu erzielen.

Feder-Berlin. Die englische Bewegung kann uns nicht zum Vorbild dienen. Mit der Gewerkschaftsbewegung wird den Arbeitern ein Gaukelspiel vorgemacht. Das Geld thut's nicht allein, das müßten die Buchdrucker erfahren, sie hätten den Generalstreik proklamieren müssen. Der Kartellgeist wird in kleinen Organisationen mächtig ertödet. Die Parteiorganisation, mit dem Vertrauensmänner-System, ist vom Staatsanwalt nicht zu fassen. Wenn man nur das Unterstützungs- und Herbergswesen pflegt, stellt man sich auf Dirsch-Dunder'schen Standpunkt.

### Sechste Sitzung.

Nach Verlesung verschiedener Begrüßungsschreiben beginnt die Berichterstattung über die verschiedenen Spezialkongresse, wozu zunächst der Referent der Bauhandwerker das Wort erhält. Derselbe berichtet, daß sie sich mit dem Vertreter der Lokalorganisation nicht verständigen konnten, weshalb letzterer den Kongress verließ. Man einigte sich sodann auf dem Boden der zweiten Resolution der Generalkommission, mit der Umbänderung, daß pro Monat und Mitglied zwei Pfennige an die Unionskasse abzuliefern seien.

Der Berichterstatter für den Kongress der Bekleidungsindustrie berichtet, daß sich ihr Kongress für die Resolution des Metallarbeiter-Verbandes entschieden habe, dieselbe jedoch jetzt schon für diese Industrie nicht durchführbar ist. Beschlossen wurde, zunächst die Schuhmacher und Schneider in eine Organisation zu vereinigen und wenn nötig, das Schuhmacher-Fachblatt" eingehen zu lassen.

Die Bergarbeiter haben sich im Großen und Ganzen für die Resolution der Generalkommission erklärt, welche alle Formen der Organisation zuläßt. Prinzipiell sind die Bergarbeiter für die Zentralisation und werden dieselben der Frage eines engeren Zusammenschlusses nächstens näher treten. Heute schon nimmt der sächsische Bergarbeiter-Verband alle Arbeiter auf, welche im Schacht arbeiten. Die Bergarbeiter haben somit den Berufsdünkel abgelegt.

Dietrich berichtet für die graphischen Gewerke, daß sie sich geeinigt haben, vom 1. Januar nächsten Jahres ab mit allen Organisationen der verwandten Berufe in ein Kartellverhältnis zu treten. Es sei dieses aber nur als ein Uebergangsstadium zu betrachten, um später zum Industrieverband zu gelangen. Bezüglich der Presse soll ein Vereinsorgan geschaffen werden, wünschenswert werden einige Organe ihr Erscheinen einstellen. In eine gemeinsame Kasse für Agitation zc. sollen Extrabeiträge fließen, um die Zwecke der Organisation besser als bisher erfüllen zu können. Wir müssen dahin arbeiten, daß der Kartellgeist verschwindet. Die Resolution der Generalkommission wurde einstimmig angenommen.

Wollmann berichtet von dem Kongress der Keramischen Gewerbe, daß sie die Vorlage der Generalkommission anerkannt haben, bei der Verschiedenheit der Organisationen aber ein Kartellverhältnis nicht eingehen können. Die Agitation werden sie gemeinsam betreiben und das Preiswesen regeln.

Kloß, für die Holzindustrie: Auf dem Spezialkongress dieser Industrie gingen die Meinungen auseinander, da ein Theil der Holzarbeiter auf dem Boden der Nürnberger Resolution steht. Man glaubt, daß ein Theil der Organisationen noch nicht im Stande sei, zur Industrie-Organisation überzugehen, obwohl man im Allgemeinen diese Organisationsform für die wichtigste hält. Lokalorganisationen mit Vertrauensmännern sind nur da zu empfehlen, wo gefehliche Hindernisse den Anschluß an eine Zentralisation unmöglich machen. Die Entschcheidung über Streiks soll nicht in die Hände der Generalkommission gelegt werden, sondern den Gewerkschaften bzw. Unionen überlassen bleiben. Der Beitrag an die Generalkommission soll pro Quartal und Mitglied 5 Pfennige betragen und von den Mitgliedern jener Organisation, welche den Beitrag nicht aus der Kasse bezahlen können, durch Extrasteuer erhoben werden. Für die gesamte Holzindustrie würde ein Organ als ausreichend besunden. In Zukunft soll die Generalkommission zu Kongressen nur jene Organisationen einladen, welche in dieser Körperschaft die höchste Instanz erkennen.

Redner bringt eine Resolution zur Verlesung, welche sich in der Hauptsache von der des Metallarbeiter-Verbandes nur dadurch unterscheidet, daß die Organisation nach Industrien nicht sofort verlangt wird. Er bemerkt, daß für die verschiedenen Organisationen der Holzindustrie voraussichtlich in der kürzesten Zeit eine Organisation geschaffen werde. Aber ein Zwang soll dabei auf keine Organisation ausgeübt werden, er wisse, daß sich nicht alle Organisationen anschließen können.

Segitz, für den Spezialkongress der Metallarbeiter: Die Majorität der Kongreßtheilnehmer konnte der Resolution der Generalkommission schon deshalb ihre Zustimmung nicht geben, weil darin nicht ausgesprochen ist, daß auch nach Industrieverbänden organisiert werden könne. Konsequenter Weise hätte dieses die Generalkommission thun müssen, nachdem sie in ihrer Proklamation zur Organisation selbst die Industrieverbände als die beste Form der Organisation bezeichnet. Kartellverträge mit den übrigen in Betracht kommenden Organisationen abzuschließen, haben sich die Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes nicht entschließen können, da man den Todeskampf der Berufszentralisationen nicht erschweren wollte. Ein gemeinsames Organ für verschiedene konkurrierende Organisationen zu schaffen, habe man nicht für zweckmäßig besunden, da hierdurch die Streitigkeiten und Eifersüchteleien zwischen den einzelnen Organisationen erst recht gepflegt würden. Zu einer offiziellen Anerkennung der Berufsorganisationen konnte man sich nicht herbeilassen, da sonst der Metallarbeiterverband mit seinen bisherigen Grundfragen in Widerspruch gerathen würde. Den Redaktoren der Metallarbeiter-Organen ohne Unterschied wurde zur Pflicht gemacht, jeden persönlichen Kampf einzustellen und gehässige Angriffe gegen die Organisationen zu unterlassen.

Korreferent Theiß: Die Delegirten des Metallarbeiter-Verbandes haben nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt. Die Hauptdiskussion drehte sich um die Annahme einer Resolution, welche in ihrem Schlusssatz die Anerkennung der bestehenden Berufs-Zentralisationen verlangt. Die Metallarbeiter, im Bewußtsein ihrer Macht, haben diese Konzession nicht gemacht und wurde somit die Resolution mit 19 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Dieses Resultat ist der Ausdruck der Machtverhältnisse, wie der Große den Kleinen erdrückt, so auch hier; man glaubt, die Berufsorganisationen aufzugeben zu müssen. Sie haben dieses Schicksal ganz offen auch dem Werstarbeiter-Verband prophezeit, ihre guten Freunde mögen sich ob dieser Schmeichelei bei den Metallarbeitern bedanken. Unter solchen Umständen fällt es ihm schwer, daran zu glauben, daß der gegenseitige Kampf nunmehr beendet ist. Die Metallarbeiter sollten wenigstens mit uns gehen, in der Abwehr, gegen Angriffe auf die Zentralisationen überhaupt. Da schweigt man aber auf Seite der Metallarbeiter.

Junge, als Vertreter des Spezialkongresses der Arbeiter für Nahrungs- und Genussmittel-Industrie. Wir sind trotz der verschiedenen Berufe in einigen Beziehungen, besonders über die Frage der Organisationen insofern einig geworden, als wir die Zentralorganisationen als notwendig anerkennen, trotzdem bei unseren Berufen noch vielfach Lokalorganisationen vorhanden sind. Die Organisationen müssen Einrichtungen treffen, um den Frauen den Beitritt zu ermöglichen. Prinzipiell sind wir für Unionen, das kann aber durch Verträge geschehen, dazu sind keine speziellen Organisationen erforderlich. Die Agitation wird soviel als möglich gemeinsam betrieben werden. Die Tabakarbeiter haben einen Verdienst von durchschnittlich 11 M., deshalb ist ein enger Zusammenschluß notwendig, um eine bessere Lebensstellung zu erreichen.

v. Elm, Tabakarbeiter, giebt die Erklärung ab, daß der Vorredner nicht die Meinung der Tabakarbeiter vertreten hat, die Tabakarbeiter sind der Auffassung, daß der Generalkommission mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, sie halten einen Beitrag von 20 Pfennig pro Mitglied und Quartal für notwendig.

Kretschmar, Bäcker. Wir sind im Prinzip für Industrie-gruppen-Organisationen, für Unionen, wir halten aber dafür, daß gegenwärtig solche Organisationen noch nicht gegründet werden können. Durch Kartellverträge wollen wir zur Erhaltung von Zahlstellen und gegenseitig unterstützen. Die Herbergsfrage sowie der Arbeitsnachweis sollen gemeinsam geregelt werden. Die Wanderunterstützung läßt sich wegen Verschiedenheit der Verhältnisse nicht gemeinsam regeln. In einer Resolution wurde dem Organisationsentwurf der Generalkommission beigestimmt, jedoch Berücksichtigung bezüglich der Beiträge erwartet, da die Löhne z. B. bei den Bäckern so niedrig sind, daß sie für die Unionen pro Quartal und Mitglied keine zehn Pfennig leisten können.

Maier-Hamburg, für die nichtgewerblichen Arbeiter: Die Mehrzahl der Kongreßtheilnehmer konnten sich bezüglich der Lokal- und Zentralorganisation nicht einigen, weshalb der Vertreter der Lokalorganisation den Kongress verließ. Im Allgemeinen stehen die nichtgewerblichen Arbeiter auf dem Boden der Resolution der Generalkommission, jedoch halten sie die Organisationsform, die sich die Metallarbeiter gegeben haben, für die richtigste. Der Kongress wünschte außerdem, daß das „Korrespondenzblatt" der Generalkommission allen Zahlstellen zugestellt wird.

Petersdorf, Vertreter der Textilarbeiter: Die Organisation muß der Entwicklung der Produktionsweise folgen. Wir haben Lokalverbände, zwei Branchenverbände und einen Industrieverband. In den Branchenverbänden sind die Arbeiter vereinigt, welche noch nicht soweit in der Industrie fortgeschritten sind, wie jene Arbeiter, welche dem Industrieverband angehören. Wollten wir für jeden Spezialberuf eine eigene Organisation haben, bekämen wir deren mehr als ein Duzend. Die Gewerkschaftsblätter dürfen nicht Verbandsorgane werden, weil sie sonst nicht genügend auflären können. In der Hauptsache stehen wir auf dem Boden der Nürnberger Resolution. Wir müssen Zentralorganisationen haben, welchen weibliche und männliche Arbeiter angehören



Tönen. Vorläufig können wir uns noch keine allgemeine Organisation geben, weil die Verträge der in Betracht kommenden Organisationen zu verschieden sind.

**Fehmeling - Hamburg:** für die Organisationen des See- und Verkehrswezens: Wir stellen uns gänzlich auf den Standpunkt der Nürnberger Resolution. Wir müssen der Macht des Kapitals unsere vereinte Kraft entgegenstellen. Als Uebergangsstadium empfehlen wir den Entwurf der Generalkommission. Wir fürchten nicht bei Annahme der Nürnberger Resolution unterzugehen, wir werden uns mit den Metallarbeitern verständigen.

**Legien, Vorsitzender der Generalkommission:** Die Berichterstattung hat ergeben, daß die meisten Spezialkongresse sich für den zweiten Organisationsentwurf der Generalkommission ausgesprochen haben, weshalb er beantragt, darüber in Diskussion einzutreten. Demgemäß wird beschlossen, außerdem der gedruckten vorliegenden Resolution der Generalkommission liegen noch Resolutionen vor, seitens des Kongresses der Holzarbeiter, von dem Verband der Metallarbeiter und eine solche von Theiß, Schmied.

**v. Elm begründet die Resolution der Generalkommission.** Unter den augenblicklichen Verhältnissen ist die Gründung von Industrieverbänden nicht zu empfehlen. Die Metallarbeiter haben mit ihrer Organisation noch nicht den Befähigungsnachweis erbracht, die Schwierigkeiten einer solchen Organisation werden sich erst bei Streiks einstellen. Man muß den Organisationen die naturgemäße Entwicklung lassen; das ist die Berufscentralisation. Bei der Organisation muß auch auf die Kleinindustrie Rücksicht genommen werden. In England und Amerika hat man nach Berufsgruppen organisiert. Wenn Segitz sagt, die englischen Organisationen verbinden meistens schon in sich eine bestimmte Industriebranche, so ist das richtig, aber man darf nicht vergessen, daß wir in Deutschland noch nicht so weit sind. Die bestehenden Organisationen müssen anerkannt werden, soweit es Zentralorganisationen sind. Anders verhält es sich bei den Lokalorganisationen, solche dürfen da nur als zu Recht bestehend anerkannt werden, wo der Anschluß an eine Zentralisation gesetzlichen Schwierigkeiten begegnet. Wir sind nur deshalb dagegen, die Politik in die Gewerkschaften hereinzutragen, weil dadurch die Zentralisation unmöglich gemacht würden.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wird die Sitzung geschlossen.

#### Siebente Sitzung.

Dieselbe beginnt mit Verlesung verschiedener Begrüßungsschreiben, darunter eines von einer von 600 Bergarbeitern besuchten Versammlung, in welchem der Kongreß zu seinen Arbeiten beglückwünscht und zugleich das große Bergarbeiter-Unglück, dem 180 Arbeiter zum Opfer fielen, zur Kenntnis gebracht wird.

**Kloß begründet die Resolution des Holzindustriekongresses.** Sachlich unterscheidet sich dieselbe von der der Generalkommission dadurch, daß dieselbe, da wo es möglich ist, die Industrieverbände empfiehlt; von der der Metallarbeiter insofern, als sie für solche Organisationen, welche noch keine Industrieverbände errichten können, die Bildung von Unionen vorschlägt. Die Holzarbeiter wollen keiner Berufsgruppe eine Organisation aufzwingen, es darf nicht durch Mehrheitsbeschluß des Kongresses entschieden werden, wie irgend ein Beruf sich zu organisieren hat. Wir müssen gegen lokale Organisationen, welche Politik treiben wollen, Stellung nehmen.

**Deisinger referiert über die vom Verband der Metallarbeiter eingereichte Resolution, welche den Industrie-Verband empfiehlt und Kartellverträge nur bei solchen Organisationen zulassen will, welche noch nicht zur Industrieverbands-Organisation gelangt sind.** Der Resolution geht eine prinzipielle Erklärung voraus, in welcher gesagt wird, daß die gewerkschaftliche Organisation nicht das Endziel der Arbeiterbewegung sein kann, sondern nur dazu dienen soll, die Verhältnisse der Arbeiter erträglicher zu gestalten. Medner führt aus, eine spezielle Anerkennung der einen oder anderen Organisationsform brauche nicht speziell ausgesprochen werden. Durch den Beschluß des Kongresses ergibt sich von selbst, welche Organisation er für notwendig hält. v. Elm könne er nicht verstehen, weil wir noch keine Organisation hatten wie sie in Frankfurt am Main Metallarbeiterkongreß geschaffen wurde, so solle man gegen diese Organisation sein. Da hätte man auch keine Eisenbahn bauen dürfen, weil man vorher nicht wußte, ob sie sich bewährt. Der Verband der Metallarbeiter beruht auf der Grundlage, die Jost schon vor 20 Jahren für notwendig gehalten hat. Sie lasse allen Branchen volle Bewegungsfreiheit und befrichtige somit auch diejenigen Arbeiter, welche Berufsvereine erstreben, da die Arbeiter jedes einzelnen Berufes sich in Fachsektionen formieren können.

**Feder - Berlin:** Ich dachte bisher, daß jede Organisation, welche auf sozialistischem Boden steht, anzuerkennen ist; bei Kloß scheint dieses nicht der Fall zu sein. Die Zentralorganisationen müssen bei vielen Beschläffen auf die Vereinigungsverhältnisse Rücksicht nehmen, deshalb werden sie nach und nach in eine Bahn gedrängt werden, die sie vielleicht selbst nicht beschreiten wollen. Der Antrag der Metallarbeiter ist mir sehr sympathisch, aber in den kleinen Orten müssen Vertrauensmänner aufgestellt werden, damit die Ausführung betrieben werden kann. Der Kongreß muß klare Stellung zu den Lokalvereinen nehmen, diese als vollenberechtigt anerkennen und ihnen Sitz und Stimme in den abzuschließenden Kartellen geben. In den Lokalvereinen kann den Bedürfnissen der Arbeiter mehr Rechnung getragen werden, da Verträge und Leistungen den Verhältnissen angepaßt werden können.

**Segitz:** Es ist wiederholt die verschiedenartige Leistung der einzelnen Zentralisationen als ein Hindernis des Industrieverbandes bezeichnet worden. Feder hat für die Lokalvereinigung ins Feld geführt, daß sie sich in Beiträgen und Leistungen den örtlichen Bedürfnissen anpassen könne. Dieses ist auch möglich in der Zentralisation im Industrieverband, wenn Beiträge und Leistungen klassifiziert werden. Damit fällt auch ein weiterer Einwand, den die Berufscentralisationen gegen die allgemeine Organisation erheben. Wir werden bald in dieser Richtung reformieren müssen, wenn wir die Industrieverbände allgemein einführen wollen.

**Arden - Berlin:** Wir sind gewillt, mit allen Arbeitern Hand in Hand zu gehen, wir haben, wenn wir auch lokalisiert sind, gegen alle Metallarbeiter unsere Schuldbüchlein gethan; das wird Segitz bezeugen. Kloß hat unsere Organisation unmodern genannt. Wir sagen, Politik muß hinein in die gewerkschaftlichen Organisationen, die Arbeiter müssen zum Klassenbewußtsein erzogen werden. Wir alle müssen doch befragen, daß auf wirtschaftlichem Gebiet durch die Gewerkschaftsbewegung nicht mehr viel zu erreichen ist. Wir erklären uns mit allen Arbeitern solidarisch, ändern Sie deshalb ihre Stellung gegen die Berliner Arbeiter; durch die Angriffe, welche hier gemacht werden, wird nur Unfrieden gefäl. Hoffen Sie eine Resolution, welche anerkennt, daß wir existenzberechtigt sind. Legien und v. Elm haben wiederholt die englischen Gewerkschaften als Vorbild empfohlen, auf dem Pariser Kongreß hat ein hervorragender Delegierter der englischen Gewerkschaften die Erklärung abgegeben, daß die Gewerkschaften, trotz 50jähriger Tätigkeit, nicht weiter gekommen sind. Die Verhältnisse der amerikanischen Gewerkschaften sind sehr zerfahren. Die englischen Gewerkschaften stehen auf Hirsch-Dunder'schem Standpunkt, wir aber wollen auch politisch thätig sein.

**Brinmann - Hamburg:** Jetzt kommen die Kompromisse; wenn man sich von Anfang an so verständlich gezeigt hätte, wären wir schon viel weiter.

**Stermmer (Vertreter der Matrosen):** Wir lassen uns keine bestimmte Form der Organisation vorschreiben, wir wollen uns frei entwickeln.

**Hillmer - Hamburg** steht auf dem Standpunkt der Resolution der Generalkommission und wundert sich, daß Kloß als Mitglied der Generalkommission gegen den Entwurf gesprochen

hat. Er kann sich nicht der Resolution der Metallarbeiter anschließen, welche allen Organisationen die Berechtigung aberkennt. Der natürliche Gang der Entwicklung ist die Berufscentralisation. Die Jost'sche Idee, nach der die Metallarbeiter organisieren wollen, hat in den siebziger Jahren kläglich Fiasko gemacht.

**Kloß - Leipzig:** Zur Resolution der Metallarbeiter darf der Kongreß seine Zustimmung nicht geben. Die Schmiede werden niemals zu einer solchen Organisation zu haben sein. Der Kongreß muß die richtige Form der Organisation finden, wenn er seine Aufgabe richtig lösen will.

**Kräger - Dresden:** Die Gegner der Zentralisation sagen, die Politik muß in die Gewerkschaften hinein. In Sachsen und Hamburg ist die Zentralisation gepflegt worden und die politische Auffklärung ist hoch entwickelt. Die Nürnberger Resolution trägt allen Verhältnissen Rechnung und es ist unbegreiflich, daß man dagegen zu Felde ziehen kann. Kloß will sicher nicht gesagt haben, daß die Lokalorganisation nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehe, sondern sie stehe nicht auf dem Boden der modernen Gewerkschaftsbewegung.

**Scherer - Nürnberg:** In merkwürdiger Weise begründen die Befürworter der Fachcentralisation dieselbe. In kleinen Orten sollen die gemischten Organisationen möglich sein, in großen Orten nicht. Haben die Arbeiter in kleinen Städten mehr Kostengest? Eine andere Frage ist die Zweckmäßigkeit und diese hat den Metallarbeiter-Verband veranlaßt, Fachsektionen zu errichten. Der Gewerkschaften der Maschinenbauer hat allein mehr Mitglieder als alle anderen Gewerkschaften zusammen. Hilmer meinte, die Schmiede sind die Hälfte der Metallarbeiter, mag sein; wenn man die Grenze recht weit zieht, wie stellt sich dann das Verhältnis zur Organisation? Von 500 000 Schmieden gehören trotz der reinen Fachcentralisation nur 3000 dem Schmiedeverband an. Er empfehle, alle Anträge, welche eine besondere Form der Organisation speziell anerkannt wissen wollen, abzulehnen. Die von Theiß beantragte Resolution, welche Anerkennung aller Berufscentralisationen verlangt, hat nur den Zweck, dem Verband der Schlosser und Maschinenbauer, welcher entgegen einem Kongreßbeschlusse von Herrn Dietrich gegründet wurde, noch offizielle Anerkennung zu Theil werden zu lassen. Dazu darf der Kongreß die Hand nicht bieten, unter den Metallarbeitern würde das böses Blut machen. Es bedarf keiner besonderen Anerkennung einer Organisation.

**Grenz - Chemnitz, Former,** stellt fest, daß auch sie, entgegen dem Majoritätsbeschlusse, einen Formerverband gegründet haben, daß sie aber dazu durch die eigenthümlichen Verhältnisse gekommen seien. Die Vertrauensmänner der Metallarbeiter stünden auf dem Standpunkte, eine Union auf föderativer Grundlage zu schaffen, statt dessen habe man den Verband geschaffen. Die Zusammensetzung des Metallarbeiter - Verbandes ist nicht die richtige. Man wollte die Former mit allen Mitteln verhindern, eine selbständige Organisation zu bilden. Wenn die Differenzen unter den Metallarbeitern sich so fort entwickeln, werden sie den Lokalorganisationen zu Gute kommen; das ist gewiß kein Fortschritt. Es müssen alle Organisationen anerkannt werden.

Ein Antrag, von jeder Industriebranche nur noch einen Redner sprechen zu lassen, wird abgelehnt; desgleichen ein Antrag auf Schluß der Debatte. Angenommen wird ein Antrag, die Rededezeit auf fünf Minuten zu beschränken.

**v. Elm:** Die Auseinandersetzungen der Metallarbeiter haben gezeigt, daß wir nicht nur nichts, dir nichts die Industrieverbände beschließen dürfen. Wir brauchen kein Programm aufzustellen, wie es die Metallarbeiter Eingang ihrer Resolution thun.

**Chiniger - Nürnberg:** Es unterliegt keinem Zweifel, daß Herr v. Elm die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation vollständig verkennt. Elm hat den Entwurf der Generalkommission mit Veracht, er wurde in allen Gewerkschaftsorganen besprochen, in einer besonderen Broschüre verteidigt und doch kam er kaum hier zur Diskussion. Er war thätig schon ein todgeborenes Kind, als er geschaffen wurde. Die Nürnberger Resolution wird allgemein anerkannt, weil sie den Verhältnissen entworfen ist. Wir müssen die Hirscharbeiter zur Organisation heranziehen. In Berufscentralisation kennt man den Kostengeist nicht.

**Thomas - Berlin** ist für die zweite Resolution der Generalkommission.

**Blauvold - Berlin:** Die praktischste Agitation ist, den Arbeitern klar zu machen, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse liegen.

**Däne - Berlin:** Die Baugewerbe können sich nicht der Resolution der Metallarbeiter anschließen.

**Frau Steinbach:** Schermer sagte, der Industrieverband der Hirsch-Dunder habe sich bewährt, wenn das ein Berufscentralist gesagt hätte, wäre das Anathema über ihn ausgesprochen worden. Die Berliner wollen die Politik in den Gewerkschaftsorganisationen drin haben, wir wollen sie daraus entfernt halten.

**Dräger, Werstarbeiter,** spricht für die Nürnberger Resolution.

**Heinzmann - Augsburg:** Nur zwei Berufs haben sich bedingungslos der Nürnberger Resolution angeschlossen. Es sind dieses die Berufs der Textil- und Werstarbeiter, welche eben schon den Berufsvereinskampf kämpfen, das ist der beste Beweis, daß der Nürnberger Organisationsvorschlag der zweckmäßigste ist.

**Kreß - Berlin** tritt für die Resolution der Holzindustrie ein, welche auch den lokalen Interessen Rechnung trägt. Köstlin fragte, was der Tischlerverband in Berlin geleistet hat! Die Berliner Filiale dieses Verbandes gründete sich im Oktober und hat schon 500 Mitglieder.

**Reichel - Burglind:** Wir können nur Industrieverbände schaffen. Den verschiedenen Verhältnissen kann in der Weise Rechnung getragen werden, daß neben den regelmäßigen Beiträgen Extrasteuern oder Lokalschläge erhoben werden.

**Stürmer** steht auf dem Boden der Generalkommission.

**Sofmann - Hamburg** empfiehlt die Resolution der Generalkommission, event. die Nürnberger Resolution.

**Thomas - Saarbrücken:** Wir sind von ländlichen Arbeitern gewählt, die allein 336 000 Arbeiter repräsentieren, die sich zunächst gewerkschaftlich organisieren müssen. Politik können sich die Lokalvereine erlauben, nicht die Zentralisationen.

**Wayer - Leipzig** spricht für die Resolution der Holzarbeiter.

**Herbert - Stettin:** Wenn die Buchdrucker nichts gewonnen haben, verloren haben sie sicher nichts; trotz der verlorenen Streiks haben sich ihre Organisationen ungeschwächt erhalten. Wir sind vielfach falsch beurteilt worden, unsere Bewegung hat von Jahr zu Jahr Fortschritte gemacht, deshalb unterlasse man unmotivirte Angriffe.

Es wird Schluß der Debatte beantragt und angenommen. v. d. Elm stellt richtig, daß nicht er den Entwurf der Generalkommission verfaßt hat, sondern daß derselbe Kollektivarbeit dieser Körperschaft ist.

**Scherer** bemerkt, daß er von Frau Steinbach bezüglich der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften mißverstanden wurde.

**Volter - Berlin** nimmt die Berliner Arbeiter gegen die Angriffe einzelner Delegierter in Schutz.

**Kloß:** Ich habe mich verprochen, als ich sagte, man dürfe in der Arbeiterbewegung keine Politik treiben, ich wollte sagen, in der Gewerkschaftsbewegung müsse man sich der Politik enthalten.

Außerdem wurden eine Reihe von persönlichen Bemerkungen gemacht, die unwesentlicher Natur sind.

Ein Antrag, eine Kommission zu einer Umarbeitung und Zusammenfassung der verschiedenen Resolutionen einzusetzen, wird abgelehnt.

Es wird namentliche Abstimmung beschlossen.

Der Vorsitzende verliest einen Antrag der Vertreter der Lokalorganisationen, in welchem verlangt wird, daß der Kongreß jede Organisation anerkennt.

Dieser Antrag wird einstimmig abgelehnt.

Der Metallarbeiter-Verband giebt seine Resolution zu Gunsten

der von Kloß vertretenen Resolution des Holzindustriekongresses zurück.

Für die Resolution des Holzindustriekongresses werden 149, dagegen 88 Stimmen abgegeben, 11 Delegirte haben sich der Abstimmung enthalten.

Namens der Vertreter der Lokalorganisationen giebt **Behrend - Berlin** die Erklärung ab, daß sie nach dem Abstimmungsergebnisse bezüglich Anerkennung der Lokalorganisationen ein Interesse an den weiteren Verhandlungen des Kongresses nicht mehr haben und denselben verlassen. Sie werden nach wie vor mit allen Klassenbewußten Arbeitern gemeinsam für Verbesserung ihrer Verhältnisse kämpfen und das Solidaritätsgefühl hoch halten, wenn sie auch nicht verschweigen können, daß durch diesen Beschluß ein neuer Fankapitel unter die organisierte Arbeiterschaft geworfen wurde. Ähnliche Erklärungen geben noch ab **Feder - Berlin**, **Odenthal-Köln** und zwei Delegirte von Halle.

#### (Original-Telegramme des „Vorwärts“.)

**Halleberstadt, 18. März, Nachmittags 6 Uhr 55 Min.** Die Generalkommission bleibt bestehen. Die Mitglieder haben in Hamburg ihren Wohnsitz. Mit Unterstützung bei Streiß hat die Kommission nichts zu thun. Gewählt wurden in dieselbe: Legien, Dammann, Demuth, v. d. Elm, Deisinger, Frau Köhler, Fehmerling.

**Halleberstadt, 18. März, Abends 8 Uhr.** Der Gewerkschaftskongreß lehnte die Beschickung des Chicagoer Kongresses ab, desgleichen die Sammlung eines Raifonds durch die Generalkommission. Um 7 Uhr wurde der Kongreß geschlossen.

## Parteinachrichten.

Aus der sozialdemokratischen Presse. „Hamburger Echo“ über die neuerlichen Majestätsbeleidigungs-Anklagen:

Für den gewöhnlichen Bestand können allgemein gehaltene Äußerungen nicht als Beleidigung einer speziellen Persönlichkeit aufgefaßt werden, und ebensowenig ist die Kritik einzelner Reden oder Handlungen eine Beleidigung der Person, es müßte denn sein, daß das Gesetz den Glauben an die Unfehlbarkeit eines Monarchen zur Staatsbürgerlichen Pflicht stempelt. Der Künstler würde ausgelacht werden, der über eine abfällige Kritik seiner Kunstleistung wegen Beleidigung klagen wollte. Und wenn allgemein gehaltene Äußerungen als Beleidigung spezieller Persönlichkeiten anzusehen sind, so könnte es schließlich so weit kommen, daß ein findiger Staatsanwalt einer Zeitung, die unter allerlei Sentenzen auch den Spruch „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold“ aufführt, einen Strick dreht, wenn zufällig ein Bundesfürst um diese Zeit eine Rede gehalten hat. Aber das wäre noch nicht einmal der Gipfel kriminellen Scharfsinns. Warum sollte eine Zeitung, die eine solche Rede vollständig mit Stillschweigen übergeht, nicht unter Anklage gestellt werden, weil sie dieselbe ignoriert hat?

Die Sache ist die, daß in der Ära des Sozialisten-gesetzes die Grenze zwischen Kritik und Beleidigung, wie überhaupt zwischen strafgesetzlich Verbotenen und Nichtverbotenen für die Kriminaljustiz sich mehr und mehr verwischt und verflüchtigt hat.

Wäre es beispielsweise früher einem Gerichtshof in dem Sinn gekommen, jemand wegen Majestätsbeleidigung zu verurtheilen, der sich bei einem Hoch auf den Landesfürsten nicht erhoben hat?

Dieselbe Methode nun wird jetzt gegen die kapitalistische Presse angewendet, gegen dieselbe Presse, welche in der Sozialistenhege lustig ins Dysthoron stieß und niemals ein Wort des Tadelns über die ungeheuerlichsten richterlichen Verfolgungen von Sozialdemokraten hatte, sie im Gegentheil als „kauterhaltenen“ Heldenthaten billigte und pries.

Es giebt eine Remesse! Aber sie ist keine mystische Macht, sondern die natürliche notwendige Folge der Uebelthaten, die „Logik der Thatfachen“, das in der Geschichte tausendfach nachweisbare Gesetz, daß die Waffen, welche die unterdrückten Klassen gegen die Unterdrückten schmieden, schließlich die Unterdrücker selbst verwunden, oder vulgär ausgedrückt: „Wer Anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.“

Wir sind überzeugt, daß auch die Militärverbote von Wirtschaften, für welche die kapitalistische Presse kein Wort des Tadelns hat, nicht auf die Sozialdemokratie beschränkt bleiben, vielmehr mit der Zeit auch die bürgerliche Opposition davon betroffen werden wird. Dann erst wird sie sich zum Protest ermannen.

„Er wurde niedergeschrien und mußte das Rednerpult verlassen.“ Diese Zensur stellt die „Kölnische Zeitung“ dem Verhalten einer Kölner Innungsmeister-Versammlung gegenüber einem sozialdemokratischen Redner aus, welcher sich zum Wort gemeldet hatte und den Innungsleuten sagte, daß sie kein Recht hätten, für sich Vergünstigungen vor anderen zu verlangen. Das ist so die Taktik derselben Leute, die sich als Stützen der Ordnung geben. Die Wahrheit wollen sie nicht hören, und der sie spricht, den schreien sie nieder. Ganz so, wie sie ihre Gesellen behandeln. Nicht ein auf Grund des Arbeitsvertrages wenigstens formal ihnen gleichberechtigter Kontrahent soll der Geselle sein, sondern ein Untergebener, ein Sklave, der im Innungsmeister und in der Innung seine Herren zu erblicken hat. Zum Glück sind selbst in unserer freizeitarmen Zeit die hochstehenden Pläne der reaktionären Innungsapostel aussichtslos, und diese Leute haben nicht einmal den Trost für sich, daß auch nur eine Saite der Volkseele für sie tönt. Die Innung ist gewesen und wird wie alles Gewesene niemals wieder lebendiges Fleisch werden.

Das Thema „Gewerbe-Schiedsgerichte“ durfte in Rostock nicht in einer Volksversammlung besprochen werden! Man nahm deshalb ein anderes Thema: „Die gewerblichen Arbeitsverhältnisse früher und jetzt“, worüber Theodor Rechner aus Berlin referirte. Rostock liegt zwar in Mecklenburg, und Mecklenburg in Deutschland, und Deutschland weist in Sachen des Vereins- und Versammlungsrechts die wunderbarsten Verhältnisse auf, aber daß in Deutschland noch nach 1878 ein Reichsgesetz nicht in einer Volksversammlung das Thema der Besprechung abgeben dürfen soll, das überfliegt unsere kühnsten Vermuthungen, und wir möchten fast annehmen, daß unser Berichterstatter sich geirrt hat.

#### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Redakteur R. Linxweiler von der „Eiberfelder Freien Presse“ wurde wegen Gotteslästerung zu einem Monat Gefängnis verurtheilt und zwar wegen Veröffentlichung eines Inzerats, das folgenden Wortlaut hatte:

„Die unterzeichneten Eheleute machen hierauf den Genossen bekannt, daß am vergangenen Weihnachts-Abend demselben der Heiland in Gestalt eines jungen Sozialdemokraten geboren wurde.“

Genosse Linxweiler wies nach, daß er von dem Inhalt dieses Inzerats gar keine Kenntnis gehabt hat, daß half ihm aber nichts. Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis; das Urtheil lautete wie oben mitgetheilt. — Eine Gotteslästerung, überhaupt eine Gesehedeckelung können wir in dem Inhalt des Inzerats nicht erblicken; ebenso wenig aber auch einen Beweis von gutem Geshmack.